

Ausgabe A Nr. 145

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Grenz- und Memelgebiet, Liechtenstein, Estland, Lettland, Litauen, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebentage und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 18. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Verkaufsstellen: Berlin 77 594 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kassenkassen und Beamten, Sparkasse, 66; Deutsche Reichsbank, Postkontokorrentkonto 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Randspaltenbreite 80 Pfennig, Reklamensätze 5.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Druckbild 10 Pfennig (außerhalb zwei fertige Druckbilder), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Einzelexemplare das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Kaufleute für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden, geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Ein neuer Zollanschlag auf das Volk.

Verteuerung der Lebensmittel vom 1. August ab. — Volk, setz dich zur Wehr!

Während die Arbeitslosigkeit Millionen deutscher Arbeiter auf ein Unterstützungseinkommen beschränkt, das unter der Grenze jedes theoretisch errechneten Existenzminimums liegt, während die Wirtschaftskrise einen schweren Druck auf die Einkommen aller arbeitenden Schichten der Bevölkerung ausübt, wird in der deutschen Handelspolitik die Frage der Neuordnung der Lebensmittelzölle brennend. Man sollte meinen, daß auf Grund der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres in der Handelspolitik nur solche Maßnahmen überhaupt in Frage kommen könnten, die zu einer Erleichterung der Lebenshaltung der breiten Massen, zu einem Druck auf die Preise der Lebensmittel führen könnten. Genau das Gegenteil ist aber der Fall. Die deutsche Handelspolitik ist im ganzen letzten Jahr, unbeschadet des Ausscheidens der Deutschnationalen aus der Regierung, in erster Linie im Interesse der Agrarier geführt worden, und so stehen wir auch jetzt vor einer Attacke, deren Ziel es ist, zugunsten agrarischer Sonderinteressen die Lebenshaltung des deutschen Volkes weiter herabzubrüden.

Als in den Zollkämpfen des vergangenen Jahres die Agrarier die industriellen Hochschutzzöllner und die ihnen dienenden Parteien das Heil der deutschen Landwirtschaft zu unrecht mit dem Heil der ostelbischen Großgrundbesitzer gleichsetzten und deshalb die Wiederherstellung der Zölle für Getreide und andere Lebensmittel auf Grund des Brotwuchertarifs vom Jahre 1902 forderten, begegneten sie dem Sturm gegen diesen Anschlag nur dadurch, daß, wenigstens vorläufig, für die Zeit bis zur endgültigen Regelung durch neue Handelsverträge ermäßigte Zölle für Lebensmittel in Kraft gesetzt wurden. Man schrieb, insbesondere, um die Zustimmung des Zentrums, dessen Arbeiterschaft gegen die Erhöhung der Getreidezölle aufbegehrt, zu gewinnen, ermäßigte Zollsätze in das Tarifgesetz hinein, die für die Lebensmittelpositionen bis zum 1. August 1926 gelten sollten. Voraussetzung für die Bestimmung dieses Endtermins war die Annahme, daß bis zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten Handelsverträge abgeschlossen sein würden, und daß dann die ermäßigten Zollsätze als Vertragszölle dauernd Geltung haben würden. Inzwischen ist aus mancherlei Gründen die Handelsvertragspolitik der deutschen Regierung an wesentlichen Punkten erfolglos geblieben. Diejenigen Handelsverträge, von denen man insbesondere die Neuordnung der Getreidezölle erwartete, sind noch nicht zustande gekommen. Die logische Folgerung aus dieser tatsächlichen Lage kann nur in der Verlängerung der ermäßigten Zollsätze des deutschen Tarifs über den 1. August d. J. hinaus erblickt werden. Die Handelspolitik der deutschen Regierung geht aber im Dienste agrarischer Interessen andere Wege, als sie die Logik und das Interesse der breiten Massen des Volkes vorzeichnen.

Man hat immerhin mit Beforgnis den 1. August herannahen sehen und hat die völlige Unmöglichkeit gefühlt, zu diesem Termin die Sätze des autonomen Zolltarifs, die weit höher sind als die Vertragszölle, die vor dem Kriege unter den gewöhnlichen Agrariern freundlichen Bölowischen Handelsverträgen gegolten haben, in Kraft zu setzen. Um diesem Dilemma zu entgehen und trotzdem nicht den einzig vernünftigen Weg der Verlängerung der Geltung der gegenwärtigen Lebensmittelzölle zu beschreiten, hat man sich eines merkwürdigen Tricks bedient. Man hat nämlich in dem kürzlich abgeschlossenen deutsch-schwedischen Handelsvertrag, in dem die meisten Lebensmittelzollsätze, insbesondere die Getreidezollsätze, auf Grund des deutsch-schwedischen Handelsvertrags von ganz untergeordneter Bedeutung sind, plötzlich neue Vertragszollsätze für Lebensmittel hineingeschoben, die zwar nicht ganz die unsinnige Höhe des autonomen Tarifs erreichen, die aber immer noch erheblich sogar über den Vertragszollsätzen der Vorkriegszeit liegen. Gegenüber den gegenwärtigen Zollsätzen bedeuten die Sätze im deutsch-schwedischen Handelsvertrag für Roggen eine Verdoppelung von 3 M. auf 6 M., für Weizen eine Erhöhung von 3,50 M. auf 6,50 M., für Braugerste eine Erhöhung von 3 M. auf 5 M. und für Hafer eine Verdoppelung von 3 M. auf 6 M. Am trassiesten ist die geplante Veränderung für Futtergerste, bei der durch Gleichsetzung mit der Braugerste eine Erhöhung des Zolles von 1 M. auf 5 M. eintreten soll. Der Protest der norddeutschen Bauern gegen die Verfüchtung zeigt am klarsten, daß es sich hier nicht um „die Landwirtschaft“ handelt, sondern um Sonderinteressen des Großgrundbesitzes. Die Interessen stehen im schroffen Gegensatz nicht nur zu den Interessen der städtischen Konsumenten,

sondern auch zu denen der Viehwirtschaft treibenden Bauern. Würde der deutsch-schwedische Handelsvertrag ratifiziert werden — die Entscheidung des Reichstags steht bisher noch aus —, so würden nach dem 1. August diese erhöhten Zollsätze für alle meistbegünstigten Länder gelten. Die Länder, mit denen ein Handelsvertrag mit Meistbegünstigung noch nicht abgeschlossen wäre, hätten die Sätze des autonomen Zolltarifs zu zahlen. Der Sinn dieses Mißbrauchs des deutsch-schwedischen Handelsvertrags für von ihm abseits liegende Ziele der deutschen Zollpolitik kann nicht in erster Linie in der vorgeschützten Einwirkung auf andere Handelsvertragsverhandlungen erblickt werden, sondern er besteht sicherlich in der Absicht, die Öffentlichkeit an die Sätze des schwedischen Handelsvertrags als künftige Normalzölle der Lebensmittelzölle zu gewöhnen. Das bedeutet nichts anderes als ein Hinarbeiten der deutschen Handelspolitik auf Lebensmittelzölle, die noch höher liegen als die berüchtigten Agrarzölle der Bülowischen Handelsverträge.

Diese Tendenz verfolgt die amtliche deutsche Handelspolitik in einem Augenblick, in dem ihr Ziel sein müßte, durch Verbilligung der Lebensmittel die Lebenshaltung der breiten Massen zu schützen und den Absatzmarkt der Industrie im Inlande und im Export zu fördern, um dem Heer der Arbeitslosen wieder Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Das Ziel der Heraufsetzung der Agrarzölle wird aber auch verfolgt, trotzdem die Weizenpreise heute um rund 50 M. höher liegen, als im Augenblick der Annahme des vorjährigen Zollgesetzes und trotzdem die Roggenpreise um 50 M. gegenüber ihrem Tiefstand im November gestiegen sind und den Stand bei Annahme des Zollgesetzes wieder erreicht haben. Selbst der Rückgang der Roggenpreise gegenüber dem Höchststand im Juli vorigen Jahres ist aber nach Berechnungen des Gesamtenergiepreises reichlich durch die Zunahme der Erntemenge ausgeglichen worden.

Es gibt also für diese Tendenz der Zollpolitik nur eine einzige Begründung, und das ist die Begünstigung der Sonderinteressen der Großagrarier. Diese Begünstigung ist geplant auf Kosten einer verschärften Ausbeutung der breiten Masse des Volkes, dem Brot, Fleisch und Fett verteuert werden sollen, und zum Schaden der Bauernschaft, deren Wirtschaft das Schwergewicht in der Viehzucht hat und die deshalb Getreidekäufer sein muß.

Das Zugeständnis, mit dem man im vorigen Jahre die Zustimmung insbesondere der Zentrumsarbeiter zum Zolltarifgesetz erkaufte, soll verschwinden, ohne daß die in Aus-

sicht gestellten ermäßigten Handelsvertragszölle Wirklichkeit geworden sind. Hier liegt ein Attentat der Wirtschaftspolitik auf das Volk vor. Gegen dieses Attentat muß mit dem größten Nachdruck zum Kampfe aufgerufen werden. Die Verlängerung der gegenwärtigen Lebensmittelzölle über den 1. August hinaus muß die gemeinsame Mindestforderung des ganzen arbeitenden Volkes sein.

Der Erfolg dieses Kampfes hängt nicht entscheidend von dem Gewicht der sachlichen Argumente ab, die gegen die Heraussetzung der Lebensmittelzölle sprechen. Denn käme es darauf allein an, so hätte dieser Plan einschließlich des Trugs, ihn über den deutsch-schwedischen Handelsvertrag durchzusetzen, niemals die Unterstützung der Regierung finden können. Schwerer als die sachlichen Argumente wiegen heute die entgegengesetzten Interessen der agrarischen Sondergruppe. Diese Interessen zum Wohle der Gesamtheit in ihre Schranken zurückzuweisen, ist eine Frage der wirtschaftlich-politischen Machtbildung. Gerade in diesem Augenblick aber steht das deutsche Volk vor der Möglichkeit, einen entscheidenden Einfluß auf die künftige Gruppierung der politischen Macht auszuüben. Der Volksentscheid am 20. Juni wird nicht nur darüber entscheiden, ob den deutschen Fürsten auf Kosten des Volkes Milliarden in den Schoß geworfen werden, sondern er wird auch von entscheidender Bedeutung sein für die Frage, ob die Großagrarier mit dem Mittel der Zollpolitik weiter zu ihren Gunsten die Lebenshaltung aller anderen Bevölkerungsschichten sollen herabdrücken dürfen. Der 20. Juni entscheidet nicht nur über die Raubpläne der Fürsten, sondern er entscheidet durch seinen Einfluß auf die politische Entwicklung auch darüber, ob die deutsche Wirtschaftspolitik der nächsten Zukunft zugunsten des Volkes oder zugunsten einer kleinen, herrschaftslüsternden Großgrundbesitzerklasse geführt werden soll, zu der in erster Linie wieder die Fürsten gehören würden, wenn ihnen der riesenhafte Landbesitz, den sie beanspruchen, nicht genommen werden würde.

Mögen sich alle Wähler am Sonntag der Tragweite der Entscheidung für die deutsche Gesamtpolitik bewußt sein. Mögen sie sich klar darüber sein, welchen Sonderinteressen sie dienen, wenn sie der Parole der Stimmenthaltung folgen.

Die Frage lautet: Für Wilhelm und den Brotwucher?

Die Antwort: Gegen Wilhelm, für das arbeitende Volk!

Der Reichskanzler zum Volksentscheid.

Nach dem Hindenburgbrief ein Marx-Interview.

Die vorige Reichsregierung hat unter Herrn Luther ihre Stellungnahme gegen den Volksentscheid dem Reichstag gegenüber mit einer Erklärung begründet, die von den Anhängern des Enteignungsgesetzes als Provokation empfunden wurde — um so mehr, als diese Regierung nichts getan hatte, um eine gerechte Lösung der Fürstenfrage herbeizuführen.

Der jetzige Reichskanzler, Herr Marx, hat es für nötig gehalten, auch seine Regierung im Kampfe um den Volksentscheid zu engagieren. Er läßt durch das Wolff-Bureau Äußerungen verbreiten, in denen es heißt:

„Eine entschuldigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger, in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundföhen, die in einem Rechtsstaate die Grundlagen für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die großen Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung nach der Staatsumwälzung eingetreten sind, können gewiß die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern nicht unberührt lassen. Indessen müssen nach der verfassungsmäßigen Ueberwindung der Revolution die Grundlagen des Rechtsstaates unversehrt bleiben. Zu diesen gehören: die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und die Unantastbarkeit des Privateigentums. Mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates ist die in dem jetzt zur Abstimmung gelangenden Gesetzentwurf vorgesehene Enteignung nicht vereinbar.“

Das fadenföhenige Argument, das Herr Marx wieder vorzutragen für nötig gehalten hat, ist nicht neu und noch viel

weniger stichhaltig. So wenig stichhaltig wie die Deduktion, mit der Herr Marx vor dem Reichstag im Widerspruch zu seiner eigenen Fraktion den Hindenburg-Brief an Voebell verteidigt hat.

Merkwürdig ist nur, daß die Erinnerung an den Rechtsstaat nur dann auftaucht, wenn die Fürsten gegen gerechten Volkswillen geschützt werden sollen. Die Inflationsoffer werden mit Bitterkeit diese merkwürdigen Schwankungen des Erinnerungsvermögens verzeichnen.

Die Quellen ihres Reichtums.

Was nahmen die Hohenzollern aus den Domänen? Die Hohenzollern haben sich im Laufe der Zeit aus den Domänen, also aus Staatsbesitz, gründlich aufgebeffert. Friedrich der Große (1740—1786) bezog 220 000 Taler aus den Domänen. Eine Verordnung (!) vom 17. Januar 1820 erhöhte den Betrag auf 2 1/2 Millionen Taler. König Wilhelm als Prinzregent bezog 3 Millionen Taler, nach der Annexion von 1866 4 Millionen Taler. Wilhelm II. fügte weitere 5 1/2 Millionen Mark hinzu, so daß er nun 17 1/2 Millionen Mark nebst den Goldagio für einen Teil der ursprünglichen Summe bezog. Das ergibt Pilliarden, die dem Staatsvermögen — durch „königliche Verordnungen“ entzogen wurden. Jetzt gilt es, das einigermaßen wieder gutzumachen. Deshalb am 20. Juni das Kreuz in den Ja-Kreis!

Der letzte Verlegenheitschwindel.

Silberfärb der „Deutschen Zeitung“ an das internationale Finanzkapital.

Aus Verzweiflung darüber, daß keinerlei Verteidigung der Fürstenerforderung beim deutschen Volke verfangen will, greift die „Deutsche Zeitung“ zur letzten, verzweifelten, aber auch dümmsten Lüge. Sie schreibt:

„Nach einer uns (oben aus New York) zugegangenen Privatmeldung hat sich eine Gruppe der dortigen Bankiers für den Fall, daß der Volksentscheid zur Annahme gelangen sollte, für die Sperrung der Kredite für Deutschland ausgesprochen und diese Forderung mit einem Hinweis auf die durch die Annahme des Volksentscheides erwiesene Rechtlosigkeit der inneren Verhältnisse Deutschlands begründet. Wie man hört, sollen die Bankiers bereits mit englischen Bankiers in Fühlung getreten und dort der gleichen Auffassung begegnet sein.“

Wie zeternt sonst die „Deutsche Zeitung“ gegen das verjudete internationale Finanzkapital, das Deutschland verflucht — nun aber jammert sie: „wenn die Fürsten enteignet werden, wird das amerikanische Kapital nicht mehr Deutschland verfluchen!“ Eine feine Logik, eine bewundernswerte Stabilität der Gesinnung.

Es glaubt diesen Schwindel den Leuten von der „Deutschen Zeitung“ kein Mensch. Die Fürsten sind wahrhaftig kein Plus für den deutschen Kredit, und ein Volk, das 3½ Milliarden zu verschenken hat, wird nicht gerade als kreditbedürftig angesehen werden.

Wie der Schwindel aber gemeint ist, erfährt man aus den Ausführungen, die der Major von Sodenstern, Oberputschist und Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, der famosen Schwindelmeldung beigibt. Da schreibt er:

„Arbeiterentlassungen und Betriebseinstellungen würden die Folge sein. Arbeiter und Angestellte könnten sich bei den Herren Sozis und Kommunisten bedanken, wenn sie plötzlich auf die Straße geworfen und brotlos gemacht würden. Daß das mit dem Ausbruch innerer Unruhen gleichbedeutend ist, braucht hier nicht mehr erörtert zu werden.“

Es scheint uns ein wenig dumm, wenn der Oberputschist Sodenstern seine Lieblingsgedanken über die Provokation eines Putschs bei dieser Gelegenheit ausplaudert, nachdem die Öffentlichkeit genau darüber unterrichtet ist, was er möchte: Herr von Borsig und einige andere sollen die Arbeitererschaft durch Rassenausperrung wild machen, damit Claß, Neumann, Ehrhardt, Hugenberg u. Co. dann einen Putsch inszenieren und die Hängeverordnung in Kraft setzen können. Ja, und nun hat er eine neue Variante erfunden: er und seine Freunde wollen dann sagen, der Volksentscheid ist schuld an der Aussperrung.

Für wie dumm muß dieser Major die Arbeiter halten, und wie dumm muß er selber sein, daß er sich von solchem Schwindel politische Wirkung verspricht.

Die „Herren“ und die „Lehensleute“.

Ein Fürstenberater über den Fürstenbesitz.

Der Berater des verstorbenen Kaisers Friedrich, Professor Dr. Gesslen, schreibt in Schönbergs Handbuch der politischen Oekonomie:

„In dem Maße als die Domänen für den Aufwand des Staatsoberhauptes nicht mehr ausreichten, mußte das Land eintreten. Formell hat sich dadurch im Laufe der Zeit das Verhältnis des Hofhalts zum Staatshaushalt umgekehrt; während im Mittelalter die Staatsausgaben aus dem Einkommen der Fürsten bestanden wurden, trägt jetzt der Staat auch die Ausgaben für den fürstlichen Hofhalt. Diese äußere Entwicklung wird eben bedingt durch die Entwicklung des modernen Staates (1).“

Der Berliner Universitätsprofessor Dr. Bornhak fügt dem in „Bismarcks Staatsrecht“ hinzu:

„Aus den Domänen und ähnlichen Gütern bezog der Fürst sein Einkommen, weil er als Herr des gesamten Landes galt (1) und die meisten übrigen Bewohner als seine Lehensleute betrachtet wurden (1).“

Heute ist das Volk in der Republik an die Stelle des Souveräns getreten. Deshalb gehört den Fürsten nichts mehr von dem, was sie einst für sich in Anspruch nahmen. Die „Entwicklung des modernen Staates“, von der Gesslen spricht, zwingt dazu, am 20. Juni mit Ja zu stimmen!

Eine halbe Million zu viel

Noch nicht 39 Millionen Abstimmungsberechtigte beim Entscheid.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet: Beim Volksbegehren war die Zahl der Abstimmungsberechtigten gemäß dem Ergebnis des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl vom Statistischen Reichsamt mit 39 421 617 angegeben worden. Nach der allgemeinen Bevölkerungsbewegung müßte sie sich noch um einige Zehntausende vermehrt haben. Nun ist aber die Frage aufgetaucht, ob tatsächlich rund 39½ Millionen Abstimmungsberechtigter vorhanden sein können. Neue Berechnungen des Statistischen Reichsamts haben nunmehr das Ergebnis gezeitigt, daß nach der Altersklassenberechnung nicht annähernd soviel Wahlberechtigte in Deutschland vorhanden sein können, als durch die Stimmlisten des Jahres 1925 gezählt worden sind. Nach den vorliegenden Berechnungen beträgt die Zahl der Wahlberechtigten noch nicht einmal 39 Millionen. Dieses Ergebnis wird bestätigt durch Berechnungen, die das Statistische Landesamt der Stadt Bremen auf Grund der Volkszählung des Jahres 1925 angestellt hat. In Bremen hat sich herausgestellt, daß 1,5 Proz. Wahlberechtigte mehr in den Listen geführt werden, als nach der Altersklassenstatistik überhaupt vorhanden sein können. Wenn die 1,5 Proz., die in Bremen errechnet worden sind, auf das Gesamtreich übertragen werden, so kommt man ebenfalls zu dem Ergebnis des Statistischen Reichsamts. Durch die ungenaue Führung der Stimmlisten in einem Teil der Gemeinden, durch die Nichtaustragung der Toten und Verzogenen usw. sind etwa 500 000 bis 600 000 Wahlberechtigte mehr in den Listen, als tatsächlich vorhanden sein dürften.

Die Stimme seines Vaters.

Ich stimme mit „Ja“!

Das „Berliner Tageblatt“ erhält von dem Vater des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgende Zuschrift: Schlichten, 16. Juni 1926.

Mit dem von Ihnen in Ihrer heutigen Nummer veröffentlichten Artikel „Das Staatsgut dem Staate“ (es handelt sich um den Aufruf einer Anzahl nichtsozialistischer Politiker, für den Volksentscheid zu stimmen. Die Red.) erkläre ich mich vollständig einverstanden und werde am Sonntag demgemäß meine Stimme abgeben. Ich bitte den abgedruckten Unterschriften die meinige und die meiner Frau beifügen zu wollen. Hochachtungsvoll William Schacht, Constance Schacht, geb. Freiin v. Eggers.

Noch größere Not!

Ein Notschrei der Ruhrbergarbeiter.

Bochum, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die unerträgliche Not im Ruhrbergbau, die hervorgerufen wurde durch die Stilllegungswillkür des Unternehmertums, gab dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands Veranlassung, in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie von Rheinland und Westfalen eine Kundgebung der Bergarbeiterenschaft zu veranstalten. Der Vorsitzende des Verbandes, Husemann, bezeichnete die Kundgebung als einen Warnruf in höchster

Not. Das Ministerium habe es bisher nicht einmal für nötig befunden, auf alle Forderungen um Hilfsmaßnahmen zu antworten. Allein im Jahre 1926 sind 79 Zechen mit rund 43 000 Arbeitern stillgelegt worden. Fast 200 000 Ruhrbergarbeiter liegen auf der Straße, und der Lohn der noch Arbeitenden ist durch Feiertage herab vermindert, daß die Situation voller sozialer Gefahren ist. Ohne Zweifel sei der Hauptteil der Stilllegungen zurückzuführen auf

die einseitigen privatwirtschaftlichen Interessen der Bergbauunternehmer.

Insbesondere müsse, wenn überhaupt eine Besserung der Lage eintreten soll, das System der bestehenden Quotenübertragung durch Eingreifen der Reichsregierung beseitigt werden. Die Bergarbeiterenschaft erwarte, daß die Reichsregierung endlich jenen Befehlswort dem Reichstag unterbreite, wie das der Reichstag in einer Entschließung vom 30. April 1926 gefordert habe.

Robert Schmidt-Berlin unterstrich die Ausführungen Husemanns und betonte, daß auch ihm die Quotenfrage als der Angelpunkt in der Angelegenheit der Stilllegungen erscheine. Es müsse endlich verhindert werden, daß die Quote eines stillgelegten Betriebes auf einen anderen Betrieb des gleichen Konzerns übergehen oder verkauft werden könne. Damit würde freilich die Kohlenstrife noch nicht beseitigt. Vielmehr sei es Aufgabe der Bergbauindustrie, sich den veränderten technischen Bedingungen anzupassen. Er halte die chemische Aufbereitung in Gas und Öl für unter allen Umständen notwendig, was freilich in dem notwendigen Ausmaß innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich sei. Für die Bergbauangestellten erklärte der Steiger Halbfell, daß in der Stilllegungsfrage die Interessen der Bergbauangestellten und Bergarbeiter die gleichen seien und die Angestellten die Bemühungen des Bergarbeiterverbandes unterstützen würden, die darauf hinausgehen, die ungeheure Not im Ruhrgebiet beseitigen zu helfen. Er erhob den Vorwurf gegen die Reichsregierung, daß sie die Vorschläge des einst bestehenden Stilllegungsausschusses bewußt sabotiert habe. Notwendig sei vor allem, daß die Gewerkschaften endlich einmal Einblick in die Betriebe und Konzerne erhielten. Darüber sei sich eigentlich jeder vernünftige Mensch im Ruhrgebiet klar, daß, so wie die Dinge jetzt liegen, sie unmöglich weiterbestehen können.

Der Amtmann des Kreises Hoerde Dreesing erklärte, daß

die Gemeinden am Ende ihrer Leistungsfähigkeit

angelangt seien. Rund 25 Proz. der Bevölkerung seines Kreises würden aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die sich jetzt schon bemerkbar machenden Folgen seien in sozialer Hinsicht katastrophal, und er dürfe wohl für alle von der Stilllegung betroffenen Gemeinden sprechen, wenn er vom Staat, den Parlamenten und Parteien verlange, daß endlich Abhilfe geschaffen würde.

Der Regierungspräsident König (Arnsberg) befürchtete, daß die Krise ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe. Die Regierung in Arnsberg habe in diesem Jahr mehr als 300 Stilllegungsanträge zur Bearbeitung gehabt. Eine große Anzahl liege noch zur Erledigung vor, weitere sind angekündigt. Die Arbeitslosigkeit in Regierungsbezirk Arnsberg betrage rund 200 000 Personen. Rund 100 000 Arbeiter werden voraussichtlich überhaupt nicht mehr in der Ruhrwirtschaft Beschäftigung finden. Was mit diesen Bedauernswerten geschehen soll, das wisse auch er nicht. Er hoffe, daß die Regierung Maßnahmen ergreife, um die Notlage im Ruhrgebiet zu mildern.

Die Konferenz faßte einstimmig eine Entschließung, in der es heißt, daß die Not der im Bergbau Beschäftigten und der Gemeinden endlich die notwendige Beachtung finden müsse.

Weitere Arbeitslosigkeit beschwöre die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen herauf.

Die Konferenz stellte sich hinter die Entschließung des Reichstags, deren beschleunigte Durchführung sie verlangt. Es darf keine Zeit mehr verloren gehen, um die Forderungen des Reichstags endlich in die Tat umzusetzen. An alle im Bergbau Beschäftigten aber sei der Ruf ergangen, ihrem unbedingten Willen zum Erfolge durch festen organisatorischen Zusammenschluß wirksam Ausdruck zu geben.

Republikanische Hochschulen.

Eine zeitgemäße Forderung.

Aus akademischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Dinge sind bis zum äußersten gediehen. Die letzte Scheu, die bisher die Mehrzahl der Mitglieder deutscher Universitäten, Lehrer und Hörer, von einer offenen Rebellion gegen die neue, gültige Staatsform abhielt, ist nun auch geschwunden. Mitglieder des Senats der Lehrkörper erdreisten sich, gegen eine zum Schutz der Republik dringend notwendige Polizeiaktion auf herausfordernde Weise Protest zu erheben, wobei sie sich nicht entblöden, mit der Behauptung, für Dozenten habe unter dem alten Regime geistige Freiheit geherrscht, die größte Geschichtsfälschung zu begehen. Und wie die Alten jungen, krakelen die Jungen. Die Freiheit der Studenten an der technischen Hochschule Hannover, die einen auf Grund seiner politischen Stellungnahme ihnen verhassten Dozenten mit allen Mitteln an der Ausübung seiner Lehrtätigkeit hindern, ist kaum noch zu überbieten.

Mit halben Maßnahmen, mit Drohungen und Anzeigen, selbst mit der Relegation einiger Rädelsführer, wird das Kultusministerium höchstens für den Augenblick äußerlich Ruhe und Ordnung erzielen. Zur Aenderung des ganzen Zustandes dagegen muß ein viel entscheidenderer Schritt gewagt werden: man schließe die rebellischen Hochschulen und öffne sie wieder als republikanische Universitäten!

Republikanische Universität: das heißt eine Lehrstätte, deren Mitarbeiter, ob Lehrer oder Schüler, sich offen und freudig zum heutigen Staate bekennen. Eine Stätte, an der junge Menschen herangebildet werden, die nicht ihre vom Staat erhaltenen Löhne und Gelder ausnützen, um ihn und seine Vertreter in der gemeinsten Weise zu bekämpfen; sondern die ihn vertreten und schützen, wie es ihre Aufgabe und Pflicht ist als Richter, als Lehrer und in jedem anderen Berufe, den sie an der staatlichen Anstalt ausüben.

Aber die Neutralität, die Objektivität der Wissenschaft? Ein Rarr oder ein Blinder, der daran noch glaubt! Es gibt keine objektive Stellungnahme, es gibt nur eine Weltanschauung des Menschen, die in jeder seiner Handlungen und Äußerungen deutlich wird. Ein monarchistischer Historiker, der der Gegenwart auch nur gerecht würde? Ein fanatischer Antisozialist, der als Nationalökonom die Lehren von Karl Marx ohne Einwirkung seiner politischen Einstellung richtig darzustellen vermöchte? Es gibt sie nicht. Es gibt höchstens eine Reihe von Dozenten, die den Zeitereignissen abgewandt, verbodet und verbissen ihr kleines Spezialfach lehren, trockene Schreibrisikanten, die den Geist der Gelehrsamkeit, nicht den der deutschen Universität repräsentieren. Und dann existieren noch einige Hochschullehrer; die an sich dem heutigen Staate sympathisch gegenüberstehen, die aber meist vorsichtig genug sind, ihre Meinung für sich zu behalten, weil sie wissen, was ihnen sonst blüht. Dieser Tatbestand ist eindeutig. Die Republik unterhält eine

Reihe von Lehrstätten, die nicht der Wissenschaft dienen, sondern deren Hauptzweck es augenblicklich ist, die Gegenwart zu beschimpfen und eine überlebte, zerfallene Form gewaltsam am Leben zu erhalten. Die Republik bezahlt nicht nur Dozenten, die offen gegen sie eintreten, sie gewährt ihre Unterstützung sogar weiter allen denen, die den Republikanern Beruf und Dasein erschweren, sie schikanieren und boykottieren, wo sie nur können, und dem freihetlich gestimmten Nachwuchs die Dozentenlaufbahn verschließen.

Und welches Interesse kann die Republik an dem Werden der „Geistesdiener“ haben, die hier erzogen werden?

Um die Wissenschaft, um das geistige Niveau der neuen Lehrstätte sei man unbesorgt. Es sind nicht die Unbedeutendsten unter den Professoren, die sich zum heutigen Staate bekennen, es sind nicht die unbegabtesten unter den Studierenden, die da arbeiten und lernen, während andere raufen und saufen oder sich in Femeoorganisationen betätigen.

Ein Flugzeug mit unbegrenzten Spannweiten.

Auf der Mitgliederversammlung der in Düsseldorf vom 16. bis 20. Juni tagenden „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt“ hielt Ingenieur E. Rumpfer den Hauptvortrag über das „Transocean-Flugzeug“. Er zeigte zunächst, daß der Flug nach Nordamerika erheblich größere Schwierigkeiten bietet als der Flug nach Südamerika, da mangels geeigneter Zwischenlandungsmöglichkeiten die größte frei zu überfliegende Strecke 3900 Kilometer betrage gegenüber 2850 Kilometer nach Südamerika. Rumpfer behandelte dann die Schwierigkeiten, die sich der Konstruktion größerer Flugzeuge bei der bisher üblichen Bauweise in den Weg stellen und in der Hauptsache darin zu suchen sind, daß der Rumpfteil mit steigender Vergrößerung immer geringer wird. Rumpfer vertrat den Standpunkt, daß für den Bau des Transocean-Flugzeuges neue Wege beschritten werden müssen.

Auf Grund des neuen, von Rumpfer entwickelten Prinzips ist jedoch in Zukunft die Möglichkeit geschaffen, auch große Flugzeuge mit bisher für unmöglich gehaltenen Dimensionen für mehrere hundert Personen zu bauen. Während bei den bisher bekannten Flugzeugen die Lasten zentral oder annähernd zentral angeordnet sind, ordnet Rumpfer sie nicht mehr zentral, sondern dezentralisiert an. Jeder Teil der Last ruht also unmittelbar auf dem zugeordneten nächstliegenden Tragflächenstück. Durch eine solche Art der Vergrößerung wird es möglich, bei stets gleichbleibendem Rumpfanteil die Erhöhung der Dimensionen beliebig weit zu treiben. Daher bezeichnet Dr. Rumpfer seine neue Bauart mit dem Namen „Flugzeuge mit unbegrenzten Spannweiten“. Die Dezentralisation wird nicht nur für die Lasten allein, sondern auch für andere Flugzeugorgane durchgeführt. So werden im ganzen zehn Rotoren vorgesehen, die über das Flugzeug hin verteilt sind. Diese mehrfache Anordnung sämtlicher Aggregate bringt neben der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit auch eine beträchtliche Steigerung der Betriebssicherheit. Auf Grund seines neuen Prinzips hat Dr. Rumpfer die Konstruktion für ein großes Transoceanflugzeug über eine Flugstrecke von mehr als 4000 Kilometern zur Beförderung von 130 Passagieren nebst Gepäck und 25 Mann Besatzung geschaffen. Das neue Flugzeug wird eine

Höchstgeschwindigkeit von 270 Kilometer besitzen und in der Lage sein, die Strecke Hamburg—New York mit Zwischenlandungen in Plymouth und auf den Azoren in etwa 36 Stunden zurückzulegen. Dr. Rumpfer hält die Schwierigkeiten, die dem Bau derartiger Flugzeuge entgegenstehen, nicht für übermäßig groß. Er hofft, daß es gelingen möge, das erste Transoceanflugzeug in Deutschland erheben zu lassen.

Friedrich II. über Fürstenernteignung. „Die Weltbühne“ hat bei Friedrich II. eine Stelle ausgegraben, die sich wie zu dieser Enteignung gemacht anhört:

Die von manchen Regenten vorgefaßte Meinung, daß alles Vermögen des Landes Eigentum des Regenten sei, ist irrig. Auch der Regent ist nur Sachwalter und darf nur so das Vermögen seiner Untertanen ansehen. Mit dem Augenblick, wo er seine Stellung verliert, hört auch sein Recht an dem ihm anvertrauten Vermögen der Nation auf. So haben wir es in Pommern mit den Schweben und in Schlesien mit der Kaiserin gehalten. Und dieses allem ist natürlich Logik. Komme da ja selber mit Recht. Das Recht leitet sich nur aus der natürlichen Überlegung ab. Die natürliche Überlegung aber sagt, daß es unmöglich ist, den Hohenstaufen oder Karolingern oder ihren uralten Erben Vermögen zu geben, weil sie einmal Kaiser waren. Sie hätten ihre Rechte bei Zeiten besser wahren sollen. Aber nachträgliche Juristenprozesse lehne ich ab.

Der 7. deutsche Volksbühnenkongress findet zugleich als Vertreterkongress des 550 000 Mitglieder umfassenden Verbandes der deutschen Volksbühnengemeinschaft vom 25. bis 27. Juni in Hamburg statt. Der Generalsekretär des Verbandes, Dr. Rehrle, wird über die Forderungen der Volksbühnen an das geplante Reichsbühnengesetz referieren. Ferner sind Vorträge über „Besucherorganisationen und Theater“, „Beeinflussung der Mitgliedschaften im Sinne der Volksbühnenidee“ und „Bedeutung, Aufgaben und Möglichkeiten der Wanderbühnen“ vorgesehen. Außerdem soll eine große öffentliche Kundgebung stattfinden, auf der eine Reihe hervorragender Träger der Volksbühnenidee sprechen werden.

Ein neues Segelflugzeug. Die Otto-Lilienthal-Gesellschaft plant die Lehren der Gebrüder Lilienthal über den Vogelflug, in einem neuen Typ eines Segelflugzeuges zu erproben. Das neue Flugzeug, das bereits durch Patente geschützt ist, wird in möglichster Anlehnung an die von den großen Segelfliegern (Albatrossen) befolgten Prinzipien gebaut. Ein solches Flugzeug bezieht sich, im Gegensatz zu den bisherigen auf dem Gleitflug begründeten Flugzeugkonstruktionen, vorwiegend des Segelfluges, welcher technisch bisher noch nicht verwirklicht wurde; die auf Flugkonstruktionen (in der Höhe usw.) geeigneten Flugzeuge benutzen alle den Gleitflug, der allerdings häufig mit dem viel schwierigeren Segelflug verwechselt wird.

Ein Steinzeitalter in Rußland. Im dem Dorfe Suponemo bei Orjanst wurde am 1. Juli eine Wohnstätte aus der Steinzeit entdeckt. Durch diese Entdeckung wird die Ansicht, daß der Mensch der frühen Steinzeit unter den strengen klimatischen Verhältnissen Rußlands nicht leben könnte, widerlegt.

Kampf in Deutschösterreich. Obstruktion im Nationalrat.

Wien, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Da sich die Christlich-sozialen gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion einen glatten Vorbruch hinsichtlich eines Kompromisses in der Schulfrage zuschulden kommen ließen, begann am Donnerstag die Sitzung des Nationalrats mit der Obstruktion der Sozialdemokraten. Abg. Genosse Danneberg stellte den Antrag, auf die Tagesordnung eine Aussprache über den am Mittwoch erfolgten Rücktritt des Unterrichtsministers (auf telegraphischen Befehl des christlichsozialen Parteiführers Seipel aus dem Ausland) zu stellen. In einer längeren Rede zur Begründung dieses Antrages geißelte er das hinterhältige Verhalten der Christlichsozialen in den schärfsten Worten. Nach ihm legte der Obmann des Wiener Stadtschulrats, Abg. Genosse Glöckel, die Geschichte des Kompromisses dar. Gen. Leutner und eine Reihe anderer sozialdemokratischer Redner forderten unter stürmischen Zurufen unserer Parteigenossen den Rücktritt der christlichsozialen Regierung. Als ein Christlichsozialer die Haltung der Regierung zu verteidigen suchte, kam es zu heftigen Paraphrasen und schließlich zu einem förmlichen Handgemenge, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Der Präsident berief eine Obmannkonferenz (Kleinstenrat) ein. Die Sozialdemokraten lehnten aber eine Teilnahme ab, solange nicht Garantie gegeben sei, daß die zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen gehalten werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung setzten die sozialdemokratischen Redner ihre Obstruktion fort, bis die Sitzung abends um 7 Uhr geschlossen wurde.

Heute Riefendemonstration.

Am 20. Juni läuft das deutschösterreichische Gesetz über die Arbeitslosenversicherung ab. Die Regierung hat einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet; er will das Recht auf Arbeitslosenunterstützung zeitlich befristet und vielen Tausenden Arbeitslosen die Unterstützung vom 1. Juli an entziehen. Selbst Arbeitslose, die schon über 50 Jahre alt sind, daher nirgends mehr Arbeit finden können, sollen die Unterstützung verlieren, sobald die gesetzliche Frist beendet ist. Allen denjenigen, die länger als 30 Wochen arbeitslos sind, soll die Arbeitslosenunterstützung um 20 Proz. gekürzt, den Bauarbeitern das Recht auf Arbeitslosenunterstützung in den Wintermonaten genommen werden. Den Beitrag des Staates zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung will die Regierung von 12 auf 10 Proz. herabsetzen. Den Entfall sollen die Industriegemeinden decken, die unter der Wirtschaftskrise zusammenbrechen.

Alle Verhandlungen zwischen der Regierung und den sozialdemokratischen Abgeordneten sind ergebnislos geblieben, ebenso Verhandlungen über die immer noch nicht eingeführte Alters- und Invalidenversicherung.

In jüngster Zeit hat die Regierung unter dem Druck eines monarchistisch-kerikalischen Klüngels die bereits abgeschlossenen Vereinbarungen über die Schulreform gebrochen. Darum zeichnet Unterrichtsminister Schneider, der diese Vereinbarungen unterzeichnet hatte, zurücktreten.

Am heutigen Freiabendmorgen wird die sozialdemokratische Arbeiterpartei Wiens auf der Ringstraße gegen diese Zustände demonstrieren.

Die englische Note an Sowjetrußland.

London, 17. Juni. (W.B.) Amtlich wird der Wortlaut der britischen Protestnote an Rußland vom 12. Juni, die als Denkschrift bezeichnet wird, veröffentlicht. Sie lautet: „Die britische Regierung bedauert, nicht stillschweigend darüber hinweggehen zu können, daß die Sowjetbehörden die Ueberführung von Geldmitteln, die zur Unterstützung des Generalstreiks bestimmt waren, nach Großbritannien ausdrücklich gestattet hat. Der Generalstreik war ein gesetzlich und verfassungswidriger Akt (1), der eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung bedeutete, und die besondere Aktion des russischen Finanzkommissars zu seinen Gunsten trage nicht zur freundschaftlichen Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen bei, die die Sowjetregierung zu wünschen vorgibt.“

Generalstreik verfassungswidrig!

London, 17. Juni. (W.B.) Der Staatssekretär des Innern Johnson Hicks erklärte in Beantwortung von Anfragen in der heutigen Unterhausdebatte: Die Regierung macht einen Unterschied zwischen Geldsendungen, die zur Unterstützung einer ungesetzlichen und verfassungswidrigen Bewegung wie z. B. eines Generalstreiks gegeben sind und Geldsendungen zur Unterstützung eines industriellen Kampfes. Die Regierung ist nicht blind hinsichtlich der Beweggründe, die den Geldsendungen zugrunde liegen und die in den Erklärungen der Sowjetführer und der Sowjetpresse nachgelesen werden können. Anders die Regierung der Sowjetregierung in formellster Weise ihren Protest kundgetan, hat sie nicht den Vorschlag gemacht, jetzt Schritte zu tun, um die Anerkennung der Sowjetregierung zurückzuführen.

Briand verhandelt weiter.

Mit Poincaré, Herriot und Barthou.

Paris, 17. Juni. (W.B.) Ministerpräsident Briand verhandelte heute nachmittags wiederum mit Poincaré. Den Journalisten erklärte Poincaré, man sehe lediglich die Unterhaltung fort. Es sei möglich, daß er heute nochmals mit Briand sprechen werde. Kurz darauf empfing Briand Louis Barthou. In den Wandelgängen der Kammer wird erklärt, daß Briand heute Herriot ein Ministerportefeuille angeboten habe. Herriot habe jedoch erklärt, daß er ohne Befragen seiner Partei keine Entscheidung treffen könne.

In der Fraktionsitzung der sozialistischen Partei erklärten die Abgeordneten, die heute vormittags mit Briand verhandelt hatten, sie hätten ihren Standpunkt dahin festgelegt, daß vor Bekanntgabe der Finanzpolitik des neuen Kabinetts sie sich über eine etwaige Unterstützung desselben nicht ausprechen könnten.

Pilsudskis Machtsprüche. Die Regierungsvorschläge an den polnischen Sejm wollen, außer dem bereits gemeldeten Inhalt, den Staatspräsidenten auch ermächtigen, während der Wahlperiode und der Parlamentsferien Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Der von der Regierung eingebrachte Staatshaushaltsvoranschlag soll im Wege der Verordnung Gesetzeskraft erhalten, sofern er nicht vom Landtag binnen vier Monaten verabschiedet wird. Die bevorstehende Sejmession soll im Juli geschlossen werden und der Staatspräsident bis 31. Dezember 1927 ermächtigt sein, Verordnungen zu erlassen — also 1 1/2 Jahre Absolutismus!

Benech ist von der Baldezer Konferenz der Kleinen Entente noch nicht in Prag zurück. Es heißt, daß er, gemäß der Aufforderung seiner Partei, demissionieren, aber Marzani ihn nicht ziehen lassen wird. — Den deutschbürgerlichen Parteien, die der Sozialvorschlag zur Annahme verholten haben, soll Rücksichtnahme der Reichsregierung Marzianbads sowie die Berufung einiger Deutschen in das Vizeamt und in hohe Ministerialstellen zugesagt worden sein.

Die Bischöfe und der Volksentscheid.

Sie holen sich verdiente Abfuhr. — Rebellion im Zentrum.

Das Zentrum ist wegen seiner Halbheit in Räten. Es möchte wohl, aber es kann nicht. Die Wähler werden auffällig. Deshalb muß das schwerste Geschick aufgeföhren werden, um die Widerstrebenden zu bändigen. In der letzten Ausgabe der „Germania“ ergreift der Weihbischof Dr. Deitmer selbst das Wort, um für die Fürsten und gegen die Unterstützung des Volksentscheids zu plädieren.

Diese Parteinarbeit der deutschen Bischöfe stellt zweifellos ein Eingreifen in eine rein politische Angelegenheit dar, die mit den Lehren und Grundsätzen der katholischen Religion nichts zu tun hat und die die katholische Bevölkerung durchaus berechtigt ist, als eine Ueberschreitung der rein geistlichen Befugnisse des Klerus zurückzuweisen.

Erst kürzlich hat man in England einen ähnlichen Fall solcher Einmischung und solcher Zurückweisung erlebt. Während des großen englischen Streiks erließ das Oberhaupt der katholischen Kirche Englands, Kardinal Bourne, einen Hirtenbrief, in dem er die katholischen Arbeiter aufforderte, zur Arbeit zurückzukehren, weil der Streik „eine Sünde gegen den allmächtigen Gott“ sei. Sofort antworteten fünf Mitglieder der Arbeiterfraktion des Unterhauses, die sämtlich fromme Katholiken sind, John Scurr, H. Rurnin, J. Linter, R. Connolly und J. Sullivan, mit einem offenen Brief an den Kardinal Bourne, in dem sie erklärten, daß sie seine Stellungnahme in höchstem Maße bedauern müßten. Es sei ihre Pflicht, als Männer der arbeitenden Klasse, die Arbeit niederzuliegen, sei durch die Befreiung des Landes gewährleistet. Der Brief schloß mit den Worten:

„Wir sind daher überzeugt, daß unsere Klassen-genossen in ihrem Rechte sind und mit allem Respekt, zugleich aber auch mit dem größten Nachdruck müssen wir dagegen protestieren, daß ein hoher Würdenträger der heiligen Kirche eine Erklärung erlassen hat, die weder durch die Moral, noch durch die Glaubenslehre unserer Religion begründet erscheint.“

Der Kardinal Bourne ist selbstverständlich den fünf Arbeiterabgeordneten die Antwort schuldig geblieben, denn er wußte sehr wohl, daß er durch eine abermalige Betonung seines Standpunktes seinen ersten Mißgriff nur verschlimmern würde.

Die würdige Erwiderung der fünf katholischen Arbeiterabgeordneten bildete einen so interessanteren Präzedenzfall für den schweren Gewissenskonflikt, in den die deutschen Bischöfe die Katholiken unseres Landes gebracht haben, als auch der deutsche Enteiignungsentscheid auf dem Art. 153 der Reichsverfassung fußt, also in keiner Weise dem geltenden Recht zuwiderläuft. Beim Volksentscheid handelt es sich darum, eine Bedrohung der Allgemeinheit abzuwehren, die durch die fürstliche Habgier entsteht. Es ist daher begreiflich, daß sich immer mehr bekannte Katholiken finden, die aus Gewissensgründen den Bischöfen das Recht zur Einmischung in Angelegenheiten des Staatsbürgers bestreiten. So weist ein katholischer Akademiker aus dem Rheinland sehr treffend darauf hin, daß die Verfassung von Weimar die entschuldigungslose Enteiignung ausdrücklich vorsieht, von sämtlichen Zentren abgeordneten angenommen worden ist. Und er fügt dem hinzu, daß die Bischöfe keine unsehbare kirchliche Entscheidung treffen können. Das kann, nach katholischer Auffassung, nur der Papst. Deshalb fordert auch dieser katholische Akademiker, im Gegensatz zum Weihbischof Deitmer, die katholischen Wähler auf, am 20. Juni gegen die Fürsten und für das hungernde Volk zu stimmen!

Ein Wort an die Geistlichen.

Der erste Vorsitzende des Provinzialverbandes Brandenburg der Christlich-Sozialen Reichspartei, Herr Wahlisch, schreibt dem „Sozialdemokratischen Presseblatt“:

Die Forderungen der sogenannten christlichen Fürsten sind geradezu eine Unerschämtheit und einfach unverantwortlich. Jedem Volkswirtschaftler, soweit er nicht durch und durch Monarchist ist, ist es ganz klar, daß das sogenannte Fürstengut in Wirklichkeit nichts als Volksgut ist. Von einem Raub am Fürstengut kann beim Volksentscheid daher keine Rede sein. Die „christlichen“ Fürsten bezwecken lediglich einen inneren Bürgerkrieg, um das deutsche Volk wieder unter ihre Fuchtel zu bringen und die deutschen Arbeiter und Angestellten wieder in das stärkste Abhängigkeitsverhältnis heruntorzurücken.

Wie aber verhalten sich die Geistlichen aller Konfessionen? Bei dem Ausbruch des Weltkrieges haben sie schon einmal völlig versagt. Statt Frieden zu verkünden, predigten sie Krieg, und wo waren die Bischöfe und Priester in der Inflationszeit, als der großen Masse der kleinen Leute das letzte Hab und Gut genommen wurde? Jetzt, vor dem Volksentscheid, sind sie plötzlich auf dem Plan. Eine Bischofskonferenz wird — wach ein Zeit- und Kostenaufwand zugunsten der Fürsten — einberufen, angeblich zur Verteidigung von Recht und Gerechtigkeit, von Sittlichkeit und sittlicher Ordnung. Wo war die Bischofskonferenz, die sich für die Kriegsinvaliden einsetzte, wo die Bischofskonferenz, die ihr Wort erhoben hat zugunsten der Hungernden von Arbeitslosen, zugunsten der enteigneten Sparer und Gläubiger, wo blieben da die Verteidiger der „sittlichen Ordnung“, wo die Verfechter des Eigentumbegriffs? Es müßte mehr als eigenartig an, daß in der deutschen Republik Bischöfe und Geistliche jetzt laut ihre Stimme erheben, wo es sich um den Besitz der Fürsten handelt; daß sie aber nicht zu hören waren, als die wertmäßig schaffende Masse rückständig um ihren letzten Spargroschen gebracht wurde.

Eine christlich-soziale Gesellschaftsordnung verlangt jetzt lediglich das Eigentum des Volkes von den Fürsten zurück, sie verlangt nichts weiter, als daß an Stelle einer Feudalherrschaft einzelner Fürsten christlich-soziale Volksgesetze geschaffen werden, die aus der Seele und dem Gerechtigkeitsempfinden des Volksganzen herauswachsen. So soll auch der Volksentscheid dem Volke geben, was dem Volke gehört. Darüber hinaus kommt dem Volksentscheid die Bedeutung zu, daß aller Welt kundgetan wird, daß in der Deutschen Republik die letzte gesetzgebende Macht vom Volke ausgeht. Sittliche und nationale Pflicht im tiefsten Sinne ist es daher, bei dem Volksentscheid seine Stimme mit Ja abzugeben.

Jung-Zentrum für „Ja“.

Trotz aller Maßnahmen der Parteileitung.

Frankfurt a. M., 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In einer außerordentlich stark besuchten Hauptversammlung des „Jung-Zentrums“ wurde beschlossen, am 20. Juni bei dem Volksentscheid mit „Ja“ zu stimmen. In der Resolution, die den Beschluß begrüßt, heißt es: Das Jung-Zentrum von Frankfurt a. M. kann und will es nicht verantworten, in dieser schwierigen Frage die von der Reichsparteileitung ausgegebene Parole

ohne weiteres zu billigen, denn nur das Gewissen jedes Einzelnen ist maßgebend. Die von der Reichsparteileitung für ihre Parole vorgebrachten Gründe erscheinen demselben als nicht genügend berechtigt, denn es muß annehmen, daß man bei Herausgabe der Parole die vielen Kriegsveteranen, die Kriegsergebenerlebenden, Kleinrentner, Sparer und die Masse der Erwerbslosen vollständig vergessen hat. Deshalb ruft das Jung-Zentrum die gesamte Jugend auf, am 20. Juni ihre Pflicht zu tun und mit „Ja“ zu stimmen.

Rebellion in Westfalen.

Bösum, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Fürstenenteignung gewinnt im Industriegebiet täglich neue Freunde innerhalb des Zentrums und die Erregung ist aufs höchste gestiegen. Die Parteifreie ist so groß, wie noch nie in der Geschichte des Zentrums. In vielen Kirchen, wo der bekannte Erlaß der Bischöfe zur Verlesung gebracht wurde, gab es erregte Zwischenrufe, ein gewiß seltenes Ereignis. Die christlichen Gewerkschaftszeitungen werden mit einem Stempel versehen, der die Zentrumsanhänger auffordert, am Sonntag zur Abstimmung zu gehen und mit Ja zu stimmen. Die Demokraten haben ebenfalls einen Aufruf zugunsten der Fürstenabstimmung erlassen.

Das christliche Gewissen — für Volksentscheid Eine Kundgebung katholischer Arbeiter und Jugend.

Der Provinzialverband Berlin-Brandenburg der Christlich-sozialen Reichspartei veranstaltete am Donnerstagabend einen Vortragsabend in der Stadthalle. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Titus Heller sprach als erster Redner über das Thema: „Das christliche Gewissen — für Volksentscheid“.

Er führte aus, daß es um mehr als die drei Milliarden Goldmark gebe, es ginge um die Frage der heiligen Gerechtigkeit. Das katholische Volk ist durch ihn erschüttert bis in die tiefste Seele. Das siebente Gebot wird heute von denen heuchlerisch in den Mund genommen, die es vorher nicht gekannt. Inflation, 3. Steuernotverordnung und Aufwertungsgesetze sind dafür Kronzeugen. Was die österreichische Bruderpartei, die Christlichsoziale Partei, fertig gebracht, die nicht nur einstimmig die Fürsten enteignet, sondern ihre Landesverweisung beschlossen habe, müsse für Deutschland auch Geltung haben können.

Bei aller Hochachtung vor der Autorität der Bischöfe müsse man doch Gott mehr gehorchen als den Menschen. Die Zukunft des Katholizismus hängt davon ab, nicht das Volk hat die Kirche enteignet, sondern die Fürsten. Wenn die Kirche beim Volke steht, wird keine Macht der Welt wagen, die Kirche anzutasten. Gewaltige wirtschaftliche Kämpfe und Entscheidungen verlangen auch Charakterfestigkeit für die Kirche. Bei der Einzelmeinung habe der Hahn zum erstenmal gekrächelt, bei der Abstimmung zum Volksentscheid träge er zum zweiten Male, möge es nicht zum dritten Male zum trahen kommen.

Nach der oft mit stürmischem Beifall unterbrochenen Rede von Titus Heller sprach Dr. Grundel von der Großdeutschen Jugendbewegung christlich-republikanischer Jugend über „Die Fürstenabstimmung eine Frage an das Volksgewissen — keine Parteiangelegenheit“.

Er führte aus: Das Schmerzlichste ist es, daß von uns als von jungen Menschen gesprochen wurde, die aus angeblicher Gewissensnot handelten. Wenn wir mit Ja stimmen, so tun wir das mit voller Verantwortung. Nicht die Bischöfe sind schuld, sondern die führenden Männer der Zentrumspartei, die die volle Verantwortung auf sich nehmen müssen. Die bischöfliche Autorität wurde wieder einmal mißbraucht wie damals im Gewerkschaftsstreit Berlin-Köln sich die Führer hinter dem bischöflichen Mantel verborgen. Die Bischöfe sind uns lieber als jene Parteiführer, die glatt in den entscheidenden Fragen verlogt haben. Die Maulkorbpolitik der Zentrumspartei in den letzten Jahren trägt ein gerüttelt Maß Schuld daran. Die katholische Jugend ist das Sprachrohr von Zehntausenden von treuen Katholiken im ganzen Reich.

Die ein klares, volles und offenes Ja zum Volksentscheid fordern.

Wir sind abgewichen von dem sozialen Christentum Leo XIII. und Kettlers. Es geht nicht darum, eine Partei vor dem Untergang zu retten, sondern es geht um die christliche Gerechtigkeit. Das Fundament des deutschen Volksstaates lassen wir nicht ruinieren, aus katholischem Geist heraus sind wir für ein Ja.

Nach der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede sprach Riffka, der betonte, nichts mit Kommunisten und Sozialisten gemein zu haben. Das eingeleitete Ausschlußverfahren sei nicht nur Pharisaertum, sondern eine Gewaltmethode. Die Jugend, gegen die es sich richtet, ist treu katholisch und geht zu den Sakramenten. Nach schweren inneren Kämpfen findet sie den Mut, offen zu dem Ja zu stehen. Aus dem Eintreten des Kapitals für die Fürsten spreche ihr eigenes schlechtes Gewissen. Ihm sei das Reden verboten worden, doch es lasse sich kein Schloß vor das Herz des Volkes legen. Der Ausschluß aus dem Provinzialverband der Windthorstbünde sei nur mit einer Mehrheit von einer Stimme und zwei Stimmenthaltungen beschlossen worden. Doch wir haben den Mut zu einem offenen Ja und sind nicht so feige wie der Vorsitzende Zimmermann, der erklärte: „Ihr hättet besser schweigen sollen und es tun.“ Wenn ich am 20. Juni nach Westdeutschland fahre, nehme ich mit einem Stimmschein mit, um dort mit Ja zu stimmen. Aus gebietet unser Gewissen mit einem offenen Ja zu stimmen.

Haltet den Dieb!

Der Dieb, der einem Armen das Letzte stiehlt, ist verächtlich. Das deutsche Volk ist arm. Trotzdem stellen die deutschen Fürsten Milliardenforderungen an das Volk. Das arme Volk setzt sich gegen diese im tiefsten Grunde unethischen Forderungen zur Wehr. Es verteidigt sich mit dem Mittel des demokratischen Volksentscheids.

Die Deutschnationalen stellen sich schüßend vor die Fürsten und ihre Forderungen. Ihre Propaganda beschimpft das Volk, das sich den Fürsten gegenüber in Notwehr befindet. Der Wortlaut eines Plakats, das die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin am 12. Juni an alle Landesverbände und Kreisvereine geschickt hat, lautet:

„Seht Euch die an, welche am 20. Juni in das Abstimmungslokal gehen. Merktsie Euch! Es sind die, welche Mein und Dein nicht unterscheiden können.“

Es ist die alte Methode: Haltet den Dieb! zu schreien. Die Partei, die die Mehrheit des eigenen Volkes als Diebe hinstellt, nennt sich obendrein noch: national.



Fürstensiebchen



Die Tochter der schönen Sieherin machte Joachim zur Gräfin v. Arnburg und verlobte sie mit einem Grafen Eberbach. Zur Hochzeit kam es freilich nicht, der Kurfürst starb, und trotzdem der Kurprinz Johann Georg seinem Vater förmlich hatte schwören müssen, Anna Sydow stets zu schützen und ungekränkt im Besitz aller ihrer Güter zu lassen, so, darüber sogar eine Urkunde erließerte, wurde die schöne Sieherin von dem neuen Herrscher sofort aller ihrer Kleinodien und Güter beraubt und in Spandau festgesetzt. Dort ist sie nach Jahren verstorben. Vergessen aber ist sie nicht, denn der Sage nach geistert sie als „weiße Frau“, das Unglücksgespinnst der Hohenzollern, durch die Jahrhunderte. Ihre Tochter wurde zwangsweise einem kurfürstlichen Schreiber vermählt.

Sicher, wir haben gar nicht gewußt, was so alles zu den „wohl-ermorzten Rechten“ unserer teuren Landesväter gehörte. Zu unserem Erstaunen haben wir z. B. kürzlich erst erfahren, daß für die Mätressen der fürstlichen Herren der Staat zu sorgen hat; wenn er absolut die Erbschaft der Fürsten antreten will, dann soll er auch merken, was das heißt! Der Erbe haftet für die Schulden des Erblassers, und jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Warum soll da die fürstliche Mätresse auf die Bezahlung der geleisteten Liebesdienste verzichten! — Und wahrhaftig, wir wissen noch gar nicht, wie gut wir es haben. Die Damen, die bisher gegen die Republik klagbar geworden sind, waren immerhin noch recht bescheiden mit ihren Ansprüchen, so zu sagen, wie sich das für das bürgerliche Zeitalter ziemt. Früher, in der guten alten Zeit... Es mag manchem übrig erscheinen, von den „ollen Kamellen“ zu erzählen. Aber wir wollen nicht vergessen, daß die Auswirkungen der guten alten Zeit bis heute dauern. Das Geld, das die fürstlichen Mätressen verpraßten, ging dem Lande verloren, der kulturelle Aufstieg Deutschlands, der durch den Dreißigjährigen Krieg ohnehin unterbrochen worden war, wurde durch die wahnwitzige Verschwendung auch der kleinen und kleinsten Potentitäten, die durchaus das Vorbild des großen Ludwig XIV. nachahmen mußten, weiter zurückgehalten. Das Geld für diese Liebhabereien gewannen diese gestülpten Lumpentölpel aus der schamlosesten Verschönerung ihrer Stimmen bei den Reichstagen, aus dem Verkauf aller Staatsämter (die sich in der Bedrückung des armen Volkes weiter auswirkte), aus ungeheurem Steuerdruck und aus der Verschönerung ihrer Landesväter als Soldaten. Und es liegen noch heute Adelsgeschlechter auf großen Gütern, die ihren Besitz und ihre Herkunft den „Liebesdiensten“ ihrer Ahnfrau verdanken.

Die schöne Sieherin.

Unter Joachim II. (1535 bis 1570) war Anna Sydow, die Witwe des Artilleriehauptmanns und kurfürstlichen Stützwehlers, in Brandenburg allmächtig. Sie besetzte selbst die höchsten Staatsämter, sie vergab die freigewordenen Lehnen und veranlaßte den Kurfürsten sogar, für ein mehrfach verprochenes Leben denen ihrer Kreaturen, die es nachher nicht bekamen, Entschädigungen zu zahlen. So kostete das freigewordene Leben der v. Ziegelar dem Kurfürsten 50 000 Taler solcher Entschädigungen, eine damals ungeheure Summe.

Die Wirtstöchter.

Eigentlich hieß sie Katharina Ricker und war die Tochter eines Schiffers, der auch eine Winkelneise hielt. Sie mußte mit ihrer Schwester die Gäste bedienen und durfte sich keineswegs spröde zeigen. Eines Tages führte das Geschick den kurfürstlichen Kammerdiener Biedelkop in die verrufene Kneipe; der verliebte sich in die schöne Katharina so sehr, daß er sie sogar heiratete! Er wußte, was eine schöne Frau bei Hofe wert war... Nützlich trat er sie auch bald dem Freiherrn v. Kolbe ab, er nahm sogar die beiden Kinder, die Katharina von ihrem vornehmen Verehrer hatte, auf seine Rechnung. Nach seinem Tode heiratete Kolbe die Witwe, denn schon interessierte sich der König Friedrich I. für seine schöne Geliebte; der war sogar auf der Hochzeit, die im Hause eines anderen Kammerdieners gefeiert wurde. Nun begann der Aufstieg... Kolbe wurde in den Reichsgrafenstand unter dem Namen v. Wartenberg erhoben, die junge Gräfin wurde Mätresse en titre, trotzdem der König sich darauf beschränkte, nur mit ihr im Abenddämmer spazieren zu gehen. Diese Spaziergänge kosteten dem Volke Millionen. Die Diamanten der Gräfin hatten allein schon einen Wert von 500 000 Talern, Wartenberg wurde Premierminister, und als er nach Jahren endlich doch gestürzt wurde, erhielt er trotz bewiesener Unehelichkeit eine Pension von 24 000 Talern, die nach seinem Tode auf seine Gemahlin übergehen sollte. Der König hatte ihm ein Schicksalsstück gegeben, in dem er ihn von aller Verantwortung freisprach. Nach seinem Tode begab sich die Gräfin Wartenberg nach Paris und vergebte dort den größten Teil ihres dem Volke abgepreßten Vermögens mit jungen Abenteurern, wie Elisabeth Charlotte von Orleans in ihren Briefen erbaulich erzählt.

Die Gräfin Lichtenau.

Wilhelmine Enke war die Tochter eines Trompeters. Ihre ältere Schwester war Fiorantini an der Oper, die junge Wilhelmine mußte bei ihr Magdendienste tun. Da sah sie eines Tages Friedrich Wilhelm, der damalige Kronprinz. Ihn dauerte das von der Schwester mißhandelte, vierzehnjährige Mädchen, er nahm die hübscheste Kleine, ließ sie von den ersten Lehrern Berlins ausbilden; und dann wurde das Ugehördel seine Mätresse und blieb es auch durch die ganze Regierungszeit Friedrich Wilhelms II. (1786 bis 1797). Friedrich II. (der „alte Fritz“) schämte über den ausschweifenden Lebenswandel des Thronfolgers, er drohte, Wilhelmine zwangsweise zu verheiraten, da „opierte“ sich der königliche Kammerdiener Riez und heiratete die junge Schöne... um sie dem Thronfolger zu erhalten.

Die Liebe der schönen Trompeterstochter war für das Land auch ziemlich kostspielig, sie erhielt bei ihrer Erhebung zur Gräfin Lichtenau die Domäne Lichtenau, Breitenwürde und Hofwiese; noch in den letzten Lebensjahren schenkte ihr der König auf einmal eine halbe Million Taler, die sie zur Sicherstellung ihres Alters sofort in holländischen Banknoten anlegte. Wilhelmine war die meistgeliebte der Mätressen, denn der Adel, der vergeblich versucht hatte, durch Vertreibung der eigenen Töchter sich direkten Einfluß auf den König zu verschaffen, lenkte allen Zorn des Volkes auf die „Trompeterstochter“. Julie von Bock, die ihre eigene Familie zur morgantischen Ehe mit dem König zwang, enttäuschte ihre Anhänger sehr. Sie war bescheiden, anspruchslos und starb bald... Dann wurde ihm die junge Gräfin Donhoff zugeführt. Auch sie konnte sich nicht in seiner Gunst halten, aber eine Aussteuer von 200 000, eine Pension von jährlich 8000 Talern hatte sie doch erreicht, ihre Verwandtschaft wurde versorgt und ihre Nachkommen zieren unter dem Namen der Grafen von Brandenburg den Gotha... Die Gräfin Lichtenau aber triumphierte über alle Nebenbuhlerinnen, sie sorgte sogar selbst für kleine Abwechslungen im Menü des „Beliebten“.

Die „neuere Geschichte“.

Je weiter wir uns unserer Zeit näherten, je schweigsamer wurde die offizielle Geschichte über derartige Gestalten der lieben Landesväter. Daß es aber bis in die neueste Zeit nicht an derartigen kleinen fürstlichen Zerstreungen gefehlt hat, wissen wir aus „mündlicher Ueberlieferung“, und die Soldaten, die das hohe Glück hatten, im Felde nicht gar zu weit vom Hauptquartier St. Hobelt des Kronprinzen im Quartier zu liegen, die in und bei Dets lebenden Wirtsbürger wissen allerlei aus eigener Anschauung. Welch Glück, daß die meisten dieser Damen sich an der schönen Erinnerung genügen lassen oder sich mit ihren Klimentenansprüchen direkt an den fürstlichen Papa wenden! Die bisher angezogenen Beispiele beschäftigen sich nur mit unserem erleuchteten Jollernhaus. Aber in den anderen deutschen Vaterländern ging es meist nicht anders zu... Als August II. „der Starke“ von Sachsen 1733 starb, hinterließ er 352 Kinder! Eine einzige seiner Mätressen, die Gräfin Kotel, hatte ihm 16 000 000 (Sechzehn Millionen!) Taler abzuloden gewußt, die Gräfin Orjelska, eine andere seiner Mätressen, war seine eigene Tochter. Die schönste und geistvollste seiner Mätressen, Aurora von Koenigsmarck, ging sogar als Diplomatin zu Karl XII. nach Aurland, um diesen zum Friedensschlusse (August war gleichzeitig König von Polen) zu veranlassen. Sie wurde, um das Sprichwort von den...

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

Diese ehehellen Zwiegespräche wurden in den nächsten Tagen nicht nur heftiger, sondern auch häufiger. Sie füllten das ganze Tagesleben der beiden Doux aus und zogen sich die ganze Nacht hin, während die beiden nebeneinander im Bett lagen. Dadurch lernten wir das ganze Leben der beiden kennen, von dem Tage an, wo sie geboren wurden, bis zu der Stunde, wo sie sich im Bett schlügen. Lampen und Wachs-kerzen und Nachtöpfe zerhämmerten. Das alles hatte ihr Freund, der Polizeidirektor verursacht. Sie aber behaupteten, die junge Organisation, das „Syndikat der Hotel- und Restaurantangestellten“ sei schuld. Nicht schuld an den ehehellen Liebesgesprächen, wohl aber an der allmählichen Verschlebung der Machtverhältnisse im Lande.

Als sie beide jenes Stadium erreicht hatten, in dem sie mit der Absicht umging, ihm Kattengist in den Kaffee zu mischen, und er die ganze Nacht hindurch an das Rasiermesser dachte, mit dem er ihr die Kehle durchschneiden wollte, bewies er, daß der Mann der Frau überlegen ist.

Er ging zum Polizeidirektor und fragte, was zu tun sei, um die zweimonatige Schließung des Lokals aufzuheben. Der Polizeidirektor sagte ihm, daß er da gar nichts tun könne; die Schließung sei für zwei Monate angeordnet, der Gouverneur habe es bestätigt, und ehe die zwei Monate nicht vorüber seien, könne er nicht wieder öffnen.

„Dann bin ich bankrott“, sagte Señor Doux. „Und dann haben die Kellner und Bäcker keine Arbeit mehr.“

„Machen Sie sich nur darum keine Sorge, Señor“, erwiderte der Direktor, „solange Leute Brot essen wollen, so lange werden auch Leute, die Brot backen, Arbeit finden, und solange jemand im Café sitzen und Erdbeereis löffeln will, wird man auch Kellner verlangen, die es ihm auf den Tisch stellen. Das sehen Sie ja an der „La Moderna“, die ist jetzt immer gut besucht. Alle Ihre Gäste sind da. Aber ich kann nichts tun. Das Lokal ist geschlossen und es bleibt zwei Monate geschlossen.“

Am Nachmittag dieses Tages traf Señor Doux den Morales.

„Hören Sie, Morales, ich will alles bewilligen“, sagte ihm Doux in bescheidener Ansprache, „können Sie nicht dafür sorgen, daß mein Lokal wieder aufgemacht wird?“

Morales sah ihn von oben bis unten an und gab ihm zur Antwort: „Wer sind Sie denn? Ach so, Sie sind ja der Doux vom Café La Aurora. Wir haben mit Ihnen nichts zu tun. Unsere Beziehungen sind nun gelöst. Wenn Sie was wollen, geben Sie zum Syndikat. Aber uns geht das nichts an. Adios.“

Señor Doux schrieb einen Brief an das Syndikat, daß er den Herrn Sekretär sprechen wolle, er bitte ihn höflich, zu ihm zu kommen, um die Angelegenheit in dem Kellnerstreit mit ihm zu besprechen. Am anderen Tage erhielt Señor Doux die Antwort vom Syndikat. Es waren keine Höflichkeitsskizzen darin enthalten, sondern nur in einem kurzen klaren Satze war gesagt: „Wenn Sie etwas vom Syndikus wünschen, das Bureau ist: Calle Madero Nr. 18, Segundo Piso. Der Sekretär.“

Er hielt es nicht einmal für nötig, der Sekretär, seinen Namen zu nennen. Was blieb Señor Doux übrig, er mußte gehen; denn das Rasiermesser verfolgte ihn Tag und Nacht, und selbst wenn er ach, hatte er das Gefühl, daß sein Tischmesser ein Rasiermesser sei.

„Sehen Sie sich da in den Vorraum“, sagte ein Arbeiter, der im Bureau aushalf. „Wir haben jetzt noch zu tun, eine Besprechung. Es wird nicht lange dauern.“

Es dauerte aber doch über eine halbe Stunde, und Señor Doux hatte inzwischen Zeit, die Sinnprüche, die an den Wänden hingen, auswendig zu lernen. Jeder dieser Sprüche erregte zuerst seine Wut. Je länger er sie aber studierte, desto mehr Angst bekam er vor den Dingen, die ihm hinter der Tür bevorstanden, wo er eine Schreibmaschine klappern hörte. Endlich kam der Arbeiter und sagte: „Señor, der Sekretär will Sie sprechen.“

6.

Señor Doux schluckte, als er den kleinen Raum des Sekretärs betrat. Er hatte beabsichtigt, dem Sekretär gleich fest in die Augen zu sehen; aber er kam nicht dazu. Denn hinter dem Sekretär war über die ganze Wand eine Fahne, zur anderen Hälfte schwarz, gespannt und darüber stand in biden Lettern:

!Proletarios del mundo unios! (Proletarier aller Länder vereinigt euch!)

Das machte Señor Doux ganz verwirrt. Er hatte plötzlich den Eindruck, als ob da vor ihm nicht der Sekretär sthe, sondern alle Kellner der ganzen Welt ihn wütend anblickten. Seine Stimme, die so fest sein sollte, wurde ganz zaghaft, als

er nun sagte: „Guten Tag, ich bin Señor Doux vom Café La Aurora.“

„Gut. Sehen Sie sich. Was wünschen Sie?“ fragte der Sekretär.

„Ach möchte gern wissen, ob Sie veranlassen können, daß mein Café wieder geöffnet wird.“

„Das können wir veranlassen“, erwiderte der Sekretär.

„Sie brauchen nur die Bedingungen zu erfüllen.“

„Oh, ich bin bereit, alles zu bewilligen, was die Kellner fordern.“

Der Sekretär nahm einen kleinen Zettel, warf einen Blick darauf und sagte: „Die Forderungen sind nicht mehr die gleichen, die gestellt wurden, als die Kellner Ihnen die Mitteilung machten.“

„Nicht mehr die gleichen?“ schluckte Doux erschreckt.

„Nein. Es sind fünfzehn Pesos die Woche“, sagte der Sekretär geschäftsmäßig.

„Die forderten aber nur zwölf.“

„Das ist leicht möglich. Aber dann wurde gestreikt. Und Sie verlangen doch nicht etwa, daß die Leute umsonst streiken.“

Jetzt macht es fünfzehn. Hätten Sie gleich bewilligt, wäre es bei zwölf geblieben.“

„Gut“, erwiderte Doux, sich aufrichtend, „ich bewillige die fünfzehn Pesos.“

„Freitag ist Zahltag. Freitags für die ganze Woche. Diese unpünktlichen Zahlungen können wir nicht mehr zulassen“, sagte der Sekretär.

„Aber das kann ich nicht so ohne weiteres machen. Wir haben das immer so gemacht, daß wir zahlten, wenn wir das Geld eben gerade dazu frei hatten.“

Der Sekretär sah auf: „Was Sie immer getan haben, geht uns nichts an. Wir bestimmen, was Sie von nun an zu tun haben. Mit dieser alten Wirtschaft, wie sie Hunderte von Jahren bestanden hat, wollen wir nun endlich ein Ende machen. Da ist die Arbeit, hier ist der Lohn. Ebenso pünktlich wie Sie die Arbeit von den Leuten verlangen, haben Sie den Lohn zu zahlen!“

„Das wird aber schwer gehen“, verteidigte Doux seine Position. „Dann fehlt mir oft das Geld für Einkäufe.“

„Das kümmert uns nichts. Löhne geben vor, sonst fehlen den Leuten die Pesos, um ihre Einkäufe zu machen, und wir denken, es ist besser, daß Ihnen das Geld für Einkäufe fehlt als den Arbeitern.“

(Fortsetzung folgt.)

allen Besitzern nicht Bögen zu strafen, am Ende ihres bewegten Lebens Leibhaft zu Duedlinburg. — Der Kartgraf Wilhelm von Baden-Durlach hielt sich in Karlsruhe gleichfalls 160 Gärtenmädchen, mit denen er unzählige Kinder zeugte! — Die Gräfin von Würben, die Mätresse Eberhards von Württemberg, präsiidierte sogar im Ministerium und verhöhrte jedes Recht und Gesetz. Sie wurde die „Landverberberin“ genannt. Eines Tages forderte sie, nun nun an das Kirchengelb eingezogen zu werden; da antwortete ihr ein tapferer Geistlicher: „Das geschieht ohnehin, denn wir haben ja alle Tage: Herr, erlöse uns von dem Uebel!“

Es ist doch ganz gut, um diese Dinge zu wissen; denn weil mit den gegenwärtigen Vertretern der deutschen Fürstentümer gar zu wenig Staat zu machen ist, beruft man sich gern auf die hohen Kulturwerte, die die erhabenen Ahnen unserer ausgehauenen Landesväter dem Lande vermittelt. Und von unserem Dank für diese glorifizierten Nummern, von unserm „Traditionsgefühl“ fordert man, daß wir ein warmes Herz und eine offene Hand auch für die entarteten Enkel haben müßten. Nun — die Reihe historischer Ausgrabungen ließe sich beliebig fortsetzen, und es wäre ganz schön, wenn jedem solchen Schwärmer dann immer entgegengehalten werden könnte: „Sieh sie dir an, die „Kulturwerte“ der erlauchten Ahnen! So sehen sie aus!“

Das Unglück auf dem Wannsee.

Der Vorwurf der Fahrlässigkeit.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben zu wichtigen Feststellungen geführt. Der Inspektor des Roten Kreuzes, Sanitätsrat Briehl aus Charlottenburg, erklärte, daß er zu Beginn der Uebung in Anbetracht des ungünstigen Wetters und des hohen Wellenganges auf dem Wannsee dem ärztlichen Leiter Dr. Kehler den Befehl erteilt habe, das Ins-Wasser-Springen der Kinder zu verbieten. Dr. Kehler übermittelte diese Anordnung einem Sanitätsrat, den er jedoch nicht dem Namen nach kennt. Ob dieser Mann den Befehl ordnungsmäßig dem auf dem Schiffe befindlichen Lehrer Dehmlow weitergegeben hat, ließ sich nicht feststellen. Keinem der Herren kann natürlich der Vorwurf der Fahrlässigkeit erspart werden. Sanitätsrat Briehl sowie Dr. Kehler hätten sich davon überzeugen müssen, ob ihre Anordnungen auch befolgt würden. Der Lehrer Dehmlow, selbst wenn ihm der Widerruf der ursprünglichen Befehle nicht mitgeteilt wurde, mußte sich darüber klar sein, daß das Wetter für die Kinder einen Aufenthalt im Wasser unmöglich machte. Auch ohne direkten Befehl hätte er als verantwortlicher Leiter darüber entscheiden müssen. Bei der starken Vertrautung, die einzelne Stellen des Wannsees aufweisen, wäre es geboten gewesen, sich vorher davon zu überzeugen, ob die Stelle, an der die Uebung abgehalten wurde, dafür geeignet sei. Die Untersuchung ist in allen Einzelheiten noch nicht abgeschlossen.

Eine Reibung über die Einleitung des Strafverfahrens gegen die Leiter der Uebung ist demnach mindestens als verfrucht zu bezeichnen. Aber es ist kaum daran zu zweifeln, daß ein solches Verfahren eingeleitet werden muß, sobald die polizeilichen Ermittlungen die Handhabe dazu bieten.

Die Strafanträge im Spritweber-Prozess.

Für Weber Zuchthaus — für Peters Gefängnis.

Der siebenstündigen Rede des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Berliner am Mittwoch folgte gestern eine neue von fünf Stunden Dauer. Der Anklageerzähler hält den früheren Kriminalkommissar Peters der Bestechung in sieben Fällen überführt, der Beteiligung von Straftaten in sechs, davon in vier Fällen in Lateinisch mit Beihilfe zur Monopolverletzung, und in einem Falle der Urkundenfälschung, ferner der Beihilfe zum Versicherungsbetrug in Lateinisch mit Falschbeurteilung in einem Falle. Diese Verbrechen eines Beamten würden nicht hoch genug bestraft werden können und eine langjährige Zuchthausstrafe verdienen, wenn seine durch den Schädelschlag verursachte Charakterveränderung ihm nicht das Recht auf mildernde Umstände gewährleistete. Dem Angeklagten Meyer konnte Beistand nicht nachgewiesen werden, dagegen erscheint er überführt der Beihilfe zum Versicherungsbetrug. Zugute halten muß man ihm, daß er redlich bemüht war, an der Aufklärung der Straftat mitzuwirken. Der Angeklagte Hermann ist der Brandstiftung in Verbindung mit Versicherungsbetrug, des Betruges, der schmerzlichen Urkundenfälschung und der Beamteneinstellung überführt. Die Brandstiftung, die er seit langem vorbereitet hat, spricht von einer ungläublichen Geldgier dieses damals bereits sehr reichen Mannes. Die Angeklagten Robert und Leopold Stiemle, ebenso wie Hallmann sind schuldig der Bestechung des Angeklagten Peters. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner beantragte demgemäß folgende Strafanträge: Gegen den Angeklagten Peters drei Jahre Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Der Wert der empfangenen Bestechungsgelder ist dem Staat für verfallen zu erklären. Außerdem ist Peters laut dem Brauntweinmonopolgesetz zum Wertersatz von 4,3 Millionen Mark zu verurteilen (1 Million Peter je 4,30 Mark). Gegen den Angeklagten Meyer beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis, gegen Hermann Weber eine Gesamtstrafe von zweieinhalb Jahren Zuchthaus, gegen Heinrich Weber ein Jahr Gefängnis, gegen Robert und Leopold Stiemle 10000 Mark Geldstrafe, gegen Hallmann eine Geldstrafe von 1000 Mark. Der Angeklagte Dr. Contrapp sei freizusprechen. Der Angeklagte Hermann Weber konnte, wie erinnerlich, wegen seiner Monopolvergehen nicht belangt werden, da er nur wegen der anderen Verbrechen ausgeliefert worden war. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Die Nachrichten der Spandauer Unwetterkatastrophe.

Zu der in unserer gestrigen Morgenausgabe ausführlich berichteten Unwetterkatastrophe erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Spandauer Feuerwehren waren ununterbrochen den ganzen Donnerstag tätig. An der Bahnüberführung Rauener Straße wurde mit einer Motorspritze von vormittags 9 Uhr bis 6 Uhr abends ununterbrochen an der Beseitigung der Wassermassen gearbeitet. Besondere Schwierigkeiten bestehen in der Beseitigung von gewaltigen Wassermengen, die sich auf der Einschnittbahn zwischen dem Güterbahnhof und dem Südhafen an den Weisanlagen gestaut hatten. Auch auf der Trabrennbahn Kuhlchen hat das Unwetter erheblichen Schaden angerichtet. Zwischen den ausgedehnten Stollungen hatte sich ein ein Meter tiefer See gebildet, so daß das wertvolle Pferdemaierial eine Zeitlang stark gefährdet war. Man hofft, bis zu dem am Freitag nachmittag stattfindenden Rennen den See abgepumpt zu haben. Viele Geschäftsleute, Bäcker, Schlächter, Lebensmittelgeschäfte, die ihre Vorräte im Keller lagerten, sind schwer geschädigt.

„Wettunternehmen Arthur Reil & Co.“

Der Verlag Arthur Reil, Friedrichstr. 66, läßt seit Anfang April d. J. auf der Straße und in den Häusern Zeitel verteilen, auf denen mitgeteilt wird, daß er ein neues nachgeprüftes gewinnbringendes Unternehmen ins Leben gerufen habe. Wir teilen darüber bereits näheres mit. Das Publikum wird aufgefordert, sich durch Einzahlungen an diesem Unternehmen zu beteiligen. Der Unternehmer verspricht eine monatliche Verzinsung bis zu 65 R. Die Vermahlung und Auszahlung der Gelder soll in den Händen einer Treuhandgesellschaft liegen. Auf dem Zettel sind Zahlstellen angegeben, bei denen die Interessenten ihre Beiträge einzahlen können. Den Leuten, die dort erschienen, wurde zur Unterstufung ein Revers vorgelegt, auf dem sie sich damit einverstanden erklären sollten, daß die von ihnen eingezahlten Gelder zu Wettoperationen verwendet würden. Trotz der großen Reklame haben sich nur wenige Einzahler gefunden, die große Menge der Wettzulagen hat sich zurückgehalten, wahrscheinlich in Erinnerung an die unteufelamen

Erfahrungen, die sie mit dem Wettkonzern Klante und Köhn gemacht hat. Da das Unternehmen Keils einen Verstoß gegen das Rennwett- und Lotteriegesez darstellt, so wurde von der Kriminalpolizei gegen den Veranstalter ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In den Zahlstellen wurden bisher 4000 Mark eingezahlt, die jetzt beschlagnahmt worden sind. Die Leiter der Zahlstellen hoben wegen des Verstoßes gegen das Rennwettgesetz ein Strafverfahren zu gewärtigen. Die Staatsanwaltschaft, in deren Händen die Untersuchung des Unternehmens liegt, hat eine Kommission mit der Prüfung der Geschäftsführung beauftragt. Erklärungsprüfungen können wegen der Ungeklärtheit von Seiten der Einzahler nicht geltend gemacht werden.

Keine Magistratsbeschlüsse über neue U-Bahn-Bauten.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: In einigen Zeitungen der letzten Tage ist von umfassenden Bauplänen des Magistrats für neue Schnellbahnlagen die Rede. Demgegenüber ist klarzustellen, daß bisher keinerlei Beschlüsse des Magistrats über weitere Schnellbahnlagen vorliegen. Anlaß scheinen unverbundene Erörterungen in den Kreisen der Verkehrsdeputation gegeben zu haben.

Für das Volk — Gegen die Fürsten!

Öeffentliche Kundgebungen:

Heute, Freitag, den 18. Juni:

- Mitte: 7 1/2 Uhr in den Sophienfäden, Sophienstraße 17/18. Redner: Rechtsanwalt Dr. Kallmann.
- Prenzlauer Berg (27., 28., 30. und 31. Ubl.): Demonstrationsumzug. 6 1/2 Uhr Treffpunkt: Bornholmer Straße, Ecke Schönhauser Allee. Wedding: 7 1/2 Uhr in den Pharusfäden, Müllerstraße 142. Redner: Stadverordneter Dr. Siegfried Weinberg.
- 7 1/2 Uhr Emsenmünder Gesellschaftshaus, Emsenmünder Straße 42. Rednerin: Klara Böhm-Schuch, M. d. R.
- 7 1/2 Uhr in der Schulau, Grünhaldler Straße 5. Redner: Bezirksverordneter Hermann Lampert.
- Kreuzberg: 7 Uhr in der „Neuen Welt“. Redner: Otto Meier, M. d. R.
- Charlottenburg: Demonstrationsumzug. Sammelpunkt 6 1/2 Uhr Wilhelmplatz, Ecke Spreestraße.
- Spandau: 8 Uhr in der Jubiläumsturnhalle, Askanierring, Ecke Volkestraße. Redner: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.
- Wilmsdorf: 8 Uhr Viktoria-Garten, Wilhelmsau 113/114. Redner: Landtagspräsident Friedrich Bartels.
- Schöneberg: 8 Uhr Uhlendamm, Kolonnenstraße 22/23. Redner: Eduard Zacher, M. d. R.
- Schöneberg, Siedlung Lindenhof: 8 Uhr im Ledigenheim. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
- Lichterfelde: 8 Uhr in den Lichterfelder Festsälen, Zehlendorfer Straße 5. Redner: Kurt Heinig.
- Caafwyh: 8 Uhr Demonstration auf dem Rathausplatz. Redner: Franz von Püttamer.
- Lichtenrade: 8 Uhr im Lokal Stieler, Am Dorfleich. Redner: Stadtrat Wilhelm Reimann.
- Neukölln: 7 Uhr in der „Neuen Welt“. Redner: Otto Meier, M. d. R.
- Budow: 8 Uhr im Lokal Rieswand (früher Klöfel). Redner: Bürgermeister Karl Leid.
- Treptow: 7 1/2 Uhr bei Ritsche, Am Treptower Park 26. Redner: Dr. Karl Rierendorff. 6 1/2 Uhr gemeinsamer Abmarsch mit „Rust“ von der Wiener Brücke.
- Nieder-Schöneweide: 7 1/2 Uhr in der Aula der Mädchenschule, Berliner Straße 31. Redner: Bernhard Göring.
- Friedrichshagen: 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Friedrichstraße 138. Rednerin: Stadterordnete Minna Ladenhagen.
- Schmüdow: 8 Uhr im Lokal „Zur Palme“. Redner: Stadtrat Hermes.
- Biesdorf: 8 Uhr in den Schifferfäden, Königstraße 120. Redner: Hans Gottscho.
- Biesdorf-Süd: 8 Uhr im Lokal Dieh, Köpenicker Straße. Rednerin: Ellen Weidler.
- Mahlsdorf: 8 Uhr im Lokal Anders, Bahnhofstraße. Redner: Stadterordneter Franz Käming.
- Mahlsdorf-Süd: 8 Uhr im Lokal Heidekrug. Redner: Stadtrat Emil Dittmer.
- Pankow: 6 1/2 Uhr Antreten zum Demonstrationsumzug nach Nieder-Schönhausen auf dem Marktplatz in Pankow.
- Nieder-Schönhausen: 8 Uhr im Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11. Redner: Stadterordneter Albert Horlich.
- Pantenburg: 7 1/2 Uhr im Lokal von Klug, Dorfstraße 2. Redner: Gustav Fuß.
- Hermesdorf: 8 Uhr im Lokal „Bellevue“, Baldseestraße, Ecke Schloßstraße, direkt am Bahnhof (Nordausgang). Redner: Wilhelm Landa.
- Wittenau: 8 Uhr im Lokal Eberhard, Lübarser Str. 8. Redner: Stadterordneter Adolph Hoffmann.

Morgen, Sonnabend, den 19. Juni:

- Mitte: Treffpunkt zum Propagandaaumzug mit „Rust“ abends 6 Uhr Michaelkirchplatz.
- Hiergarten (8. Ubl.): Demonstrationsumzug. Abmarsch vom Magdeburger Platz abends 6 1/2 Uhr. Ab Dammplatz 7 Uhr abends mit 3 Kapellen. Fahnen und Plakate sind mitzubringen.
- Friedrichshagen: Straßendemonstration ab 5 Uhr vom Küstriner Platz. Redner: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.
- Straßen: Demonstration abends 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz in der Gartenstadt. Redner: Hermann Harnisch, M. d. R.
- Zehlendorf: 8 Uhr im Restaurant Lindenpark, Berliner Str. 8. Redner: Hans Bletiner.
- Tempelhofer: Demonstration mit „Rust“. Treffpunkt 5 1/2 Uhr Werder Straße Ecke Viktoriastr. Anschließend Kundgebung auf dem Reinhardtplatz. Rednerin: Klara Böhm-Schuch, M. d. R.
- Steglitz: 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Dr. Landsberg, M. d. R.
- Neukölln: 5 1/2 Uhr Straßendemonstration. Treffpunkt: Schillerpromenade. Anschließend unter freiem Himmel in Karlsgarten. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
- Grünau: 7 1/2 Uhr im „Jägerhaus“ (Inhaber Erhardt). Redner: Wilhelm Landa.
- Bohnsdorf: 8 Uhr im Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“, Bahnhofstr. Redner: Stadtrat Emil Dittmer.
- Lichtenberg: Demonstrationsumzug. Sammelpunkt: Mittelpromenade Frankfurter Allee, an der Kronprinzenstr. Spitze Berlin. Abmarsch 6 1/2 Uhr.
- Weißensee: 6 1/2 Uhr Demonstration auf dem Lindenplatz.
- Karow: 8 Uhr im Restaurant „Zum Lindenpark“ (Inhaber Steller). Redner: Bernhard Göring.
- Pankow: 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz Treffpunkt zum Demonstrationsumzug mit „Rust“.
- Reinickendorf: 7 Uhr auf dem städtischen Sportplatz, Reinickendorf-Weß, Scharnweberstr. 90/95. Redner: Franz Künstler, M. d. R.

Öeffentliche Frauentundgebungen:

Heute, Freitag, den 18. Juni:

- Hiergarten: 6 1/2 Uhr Demonstrationsumzug. Treffpunkt: Am Kriegerdenkmal, Kleiner Tiergarten. Anschließend in Artusweg, Verleberger Straße 29. Rednerin: Negerungsrätin Hedwig Wachenheim.

Hagenbeds Indienschau in Berlin. Nach fast 20jähriger Abwesenheit von Berlin soll John Hagenbeds Indienschau demnächst hier eintreffen und auf einem dazu hergerichteten Gelände des Zoologischen Gartens mit dem ganzen hundert Leben und Treiben eines indischen Dorfes aufgebaut werden. Diesmal kommt Vorderindien nach Berlin mit 100 Vertretern des alten Stammes der Dravidas, die mit 63 Millionen Angehörigen die südliche Hälfte Vorderindiens bevölkern, sowie der ohne festen Wohnsitz umherziehenden Gyanaratis, der indischen Gaukler und Fakire, die man als Illusionen unserer europäischen Zigeuner bezeichnen kann. Neben den Handwerker und dem häuslichen Treiben der Dravidas, der geschickten Töpfer, Maler, Metallarbeiter, Weber, Drechsler und Spinnweblerinnen in ihren malerischen Hütten werden Zauberluststücke der Fakire und phantastische Vorstellungen eines Voghis, Tänze indischer Mädchen und Tiervorführungen gezeigt. Sechs Arbeitslosen, 20 Zwergbuckelrinder, viele indische Ziegen, Affen und Schlangen werden das vorderindische Dorfbild beleben. Die Indienschau, die gegenwärtig in Paris gezeigt wird, soll Anfang Juli im Zoo eröffnet werden.

Zur Ausgabe der Stammscheine ist das Wahlamt Friedrichshagen an den nächsten Tagen noch bis abends 8 Uhr am Sonnabend, den 19. Juni — dem letzten Tage — bis nachmittags um 5 Uhr geöffnet.

Die Volksabstimmung im Rundfunk. Im Rahmen des Programms der Funkstunde wird heute, Freitag, abends 10 Uhr Herr Ministerialrat Dr. Kaifenberg anlässlich der am Sonntag stattfindenden Volksabstimmung in einem Vortrag einen kurzen Ueberblick über die technische Durchführung der Abstimmung geben.

Das Olympiathater in Charlottenburg, Kantstraße 163, das am Freitag und Sonnabend noch den Film „Kein Feind den Füßen“ vorführt, gemährt Partei- und Gewerkschaftsmittellern und Mitgliedern des Reichsbanners Eintritt zum ermäßigten Preis von 60 Pf. (Kass. 1 R.)

Der Massenmord von Dortmund.

Die Tat eines Eifersüchtigen oder eines Geisteskranken?

Zu dem sechsfachen grauenerregenden Mord in Dortmund, der in der Stadt und in ganz Westdeutschland ungeheures Aufsehen erregt hat, sind inzwischen noch einige Einzelheiten bekannt geworden. Der Schlächter Blaschewski war im vergangenen Jahre aus Elbing nach Dortmund übergesiedelt und kaufte das Haus in der Leopoldstraße, das er mit seiner Familie und seinen Kostgängern bewohnte. Im Erdgeschoß betrieb er sein Geschäft, in dem die Kostgänger auch tätig waren. Schon in Elbing hatte Blaschewski wiederholt Anfälle von Trunksucht gezeigt, die auf übermäßigen Genuß von Alkohol zurückzuführen waren. In diesen Anfällen mißhandelte er Frau und Kinder schwer.

Ueber die Tat selbst stellt die Mordkommission des Polizeipräsidiums in Dortmund folgendes fest: Blaschewski, der seit längerer Zeit erwerbslos war, ernährte sich durch Zimmermieten. Allein im Obergeschoß waren in drei Räumen 14 Kostgänger untergebracht. Er selbst wohnte mit seiner Familie in einem Zimmer, das zugleich als Wohnzimmer, Schlafraum und Küche diente. In einem Nebenraum wohnte eine Arbeiterin, die in der letzten Nacht gegen ein Uhr einen Wortwechsel zwischen den Eheleuten hörte. Da solche Streitigkeiten an der Tagesordnung waren, legte die Nachbarin der Sache keine Bedeutung bei und schief wieder ein. Erst morgens gegen fünf Uhr hörte sie einen Schuß fallen. Sie ließ sich nicht weiter an und eilte in das Nebenzimmer, wo sie die Familie Blaschewski in ihrem Blute schwimmend tot vorfand. Die Kinder lagen im Bett. Die Leiche der Frau vor dem Bett. Der Knabe hing halb heraus. Blaschewski selbst, der durch einen Revolvererschuss seinem Leben ein Ende gemacht hatte, lag angekleidet auf einem Stuhl. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei hat der Mörder nach dem Wortwechsel mit seiner Frau wahrscheinlich dieser und dann seinen Kindern mit einer schweren Zimmermannsart die Schödel zertrümmert. Nachdem der Unmensch sich vergewissert hatte, daß keiner seiner Familienangehörigen noch ein Lebenszeichen von sich gab, ging er in das obere Geschoß und drang in einen Raum ein, wo neun Kostgänger ihre Schlafstätten hatten. Einen von diesen, den Kellner Feih Bader, der als sein bester Freund galt, und mit dem zusammen er abends vorher gezecht hatte, tötete Blaschewski ebenfalls durch mehrere Anschläge auf den Kopf, ohne daß einer der Anwesenden ihm entgegenzutreten wagte. Auch Bader selbst vermochte sich nicht zur Wehr zu setzen, da er beim Empfang der tödlichen Schläge noch im tiefen Schlaf lag. Auf dem Rückwege zum Erdgeschoß traf der Mörder auf einem Treppenaufgang zufällig die in der zweiten Etage wohnende Frau Mielck, mit der er schon seit längerer Zeit Streitigkeiten hatte. Auch hier brachte er mit dem Beil so schwere Verletzungen bei, daß sie sofort blutüberströmt zusammenbrach und nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, wo sie hoffnungslos daniederlag. Die Leichen der sechs Getöteten wurden im Laufe des Vormittags nach der Leichenhalle übergeführt. Ueber die Beweggründe zu der entsetzlichen Tat, die sechs Menschenleben gefordert hat, herrscht völlige Unklarheit. Es wird angenommen, daß Eifersucht vorliegt. Andererseits aber weist die ganze Ausführung der Tat darauf hin, daß Blaschewski in geistiger Unmachtung gehandelt haben muß.

Die Mörder von Hegermühle zum Tode verurteilt.

Vor einigen Tagen fand in Prenzlau die Gerichtsverhandlung gegen die Arbeiter Bürk und Stroh statt, die am 21. April d. J. die 70jährige Greisin Frau Schröder in Hegermühle bei Eberswalde ermordet haben. Das Verbrechen hat seinerzeit viel Aufsehen erregt. Der Polizei war es sehr bald gelungen, der Mörder habhaft zu werden. Bürk war nach längerem Weigern geständig und gab auch Straß, mit dem er damals gemeinsam auf der Wölze war, als Mitäter an. Dann belästeten sie sich aber gegenseitig schwer. Auch während der Gerichtsverhandlung schob der eine dem anderen die Hauptschuld zu. Sie hatten sich am Abend in das Schützenhaus eingeschlichen, wie sie behaupteten, nur um zu stehen, blieben aber schließlich bis zum nächsten Morgen, töteten dann die Frau mit einer eisernen Stange und nahmen hinterher aus der Truhe die Erbsparnisse der Greisin. Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten wegen Mordes in Lateinisch mit schwerem Raub zum Tode.

Schnellzugskatastrophe in Nordamerika.

Auf der Linie der Pennsylvania-Eisenbahn ist fünfzig Meilen östlich von Pittsburg (Nordamerika) ein Schnellzug in die Schlafwagen eines haltenden Schnellzuges hineingerannt. Drei Schlafwagen des haltenden Zuges wurden in einander eingeschoben; die beiden Lokomotiven des auffahrenden Zuges und ein Schlafwagen wurden zertrümmert, der diesem folgende Schlafwagen wurde in die Höhe gehoben. In einem der verunglückten Schlafwagen wurden allein fünf Männer und Frauen und drei Kinder getötet. Unter den Trümmern des Schlafwagens wurden sieben Leichen gefunden.

Explosionsunglück auf der Zeche Prosper II. Wie aus Essen berichtet wird, ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch im Kraftwerk der Zeche Prosper II der Rheinischen Stahlwerke Abteilung Arenberg in Boitrop eine schwere Steinkohlenstaubexplosion. Ein Schmelzofen und 6 Leichtbetriebe wurden geborgen. Der Sachschaden ist sehr groß. Eine Klärung des Unglücks konnte noch nicht erfolgen. Aufcheinend handelt es sich um ein Verstopfen des Kohlenbuntlers, wodurch eine riesenhafte Stuchflamme entstand.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Kochb. verb.) Welt wärmer bemittelt mit Neigung zu Regenschauern, schwache westliche Winde, fortwährende Bewölkung, geringe Temperaturabnahme. — Für Deutschland: Ueberal härter bemittelt mit Neigung zu Regenfällen, schwache westliche Winde, Temperaturen unperändert, fortwährende Bewölkung.

Berlin und die Spielplatznot.

Der Berliner Oberbürgermeister hat ein besonderes Interesse für sportliche Veranstaltungen und Spielplatzfragen schon seit Jahren gezeigt. Das soll ihm nicht übel genommen werden. Unter seiner Protektion ist sogar schon mancherlei geschaffen worden, das Anerkennung in höchstem Maße verdient. Es ist auch an dieser Stelle schon oft festgestellt worden, daß in Spielplatzfragen die Außenbezirke bei weitem am besten dastehen und auch von den zentralen Behörden eine Bevorzugung in der Unterbringung fast als Reservatrecht für sich beanspruchen dürfen. Demgegenüber ist zu betonen, daß die größte Not auch in dieser Hinsicht wiederum in den Innenbezirken zutage tritt. Besonders schlecht ist es dabei in Berlin-Mitte und im bevölkersten Teil Alt-Berlins, im Bezirk Friedrichshain, bestellt. Der Spielplatz im Friedrichshain weist von Jahr zu Jahr in der Besucherzahl einen erhöhten Zuwachs auf, so daß z. B. in diesem Jahre schon 20 Vereine von der Zuweisung ausgeschlossen werden mußten. Von morgens 8 bis abends 10 Uhr spielen dort allwöchentlich etwa 200 Schüler-Spielabteilungen mit rund 12 000 Kindern und 40 Vereine mit mehr als 10 000 Mitglieder. Diesem Riesenerfolg genügen die Anlagen zum Schutze bei Regen und zur Unterbringung der Spielgeräte und der Kleidung während der sportlichen Übungen bei weitem nicht. Die Beschwerden der Vereine über die fehlende Unterkünfte- und Umkleegelegenheit sind daher auch überaus zahlreich, da bei dem jetzigen Betrieb keine Gewähr gegeben ist, daß jeder Sporttreibende auch ungehindert wieder in den Besitz seiner Sachen gelangt, die allzuoft im Durcheinander verloren zu gehen drohen. Das ist nicht etwa ein Mangel in der Organisation, die gegenwärtig von dem zuständigen Jugendamt getroffen ist, sondern das ist allein auf den herrschenden Platzmangel zurückzuführen, der sogar leichtsinnige Charaktere zu Diebstählen verleitet. Das Bezirksamt Friedrichshain hat schon — wie wir hören — seit Jahren versucht, hier Abhilfe zu schaffen. Pläne für den Bau einer großzügigen Unterkunftsanlage sind fertig, nur die Mittel fehlen. Als aus Anlaß der vorjährigen Spiel- und Sportwoche bei einem gutdurchgeführten Werksportfest des Bezirksamts sich Oberbürgermeister Böck persönlich von den vorhandenen Mängeln überzeugen konnte, gab er in breiter Öffentlichkeit das Versprechen, für die Abstellung des Mißstandes Sorge zu tragen. Auch der Direktor Dr. Häusler sagte ein Gleiches zu. Heute müssen wir wiederum aus den Beschlüssen des Haushaltsausschusses entnehmen, daß die für den Bau der Unterkunftsanlage vorgesehenen 70 000 Mark vorläufig gestrichen werden sollen. Wie vereinbart man diesen Beschluß mit der Entscheidung der Stadterordnetenversammlung, wonach beim Ausbau der Sportplätze vor allem die Innenbezirke Berücksichtigung finden sollen? Und wie und wann denken der Oberbürgermeister und Herr Direktor Häusler ihr Versprechen einzulösen? Es ist jetzt an der Zeit, sollen nicht die Bezirksvereinstreife der Arbeiterbezirke den Glauben gewonnen, daß von der Politik der Berliner Stadterhaltung einseitig die heillosen Schichten Vorteil haben. Wir erhoffen von den Linksfractionen des Berliner Stadtparlaments, daß sie sich mit allem Nachdruck für die Schaffung besserer sportlicher Übungsplätze im inneren Berlin einsetzen.

Ferienspiele im Bezirk Neukölln.

Auch in diesem Jahre werden auf dem Ferienpielplatz Königsheide am Montag, den 5. Juli, die Ferienspiele beginnen. Da es vielen Eltern infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse unmöglich sein wird, ihre Kinder aufs Land hinaus zu schicken, um ihnen dort die dringend notwendige Erholung zuteil werden zu lassen, besteht hier eine Möglichkeit, die Kinder der Straße zu entziehen und sie in frischer gesunde Luft hinauszuführen, wo unter kundiger Leitung mit den Kindern gespielt wird. Die Kinder erhalten eine kräftige Mittagsmahlzeit, Frühstück mit Milch oder Kaffee bzw. Quarksuppe und nachmittags Kaffee mit Milch und zwei Schrippen. Die Wochenkarte kostet für das erste Kind einer Familie 1,50 Mark, für das zweite Kind 75 Pfennige, das dritte und die weiteren Kinder einer Familie sind frei. Außerdem werden besonders bedürftigen Kindern Freitickets gewährt. Die Verteilung der Karten geschieht nach Maßgabe der Bedürftigkeit durch die Bezirksvorsteher. Anmeldungen zu den Ferienspielen werden in den Schulen entgegengenommen. Die Eltern werden gebeten, die Teilnahme ihrer Kinder an den Ferienspielen sofort dem Klassenlehrer mitzuteilen.

Ein Kinderheim in Steglitz.

Der Heilung bereits erkrankter und vor allem dem Schutz tuberkulosegefährdeter Kinder dient ein kleiner, aber sehr hübscher Neubau am Fuße des Fichteberges in Steglitz. Den Verhältnissen entsprechend, mit wenig Mitteln als Fachwerkbau errichtet, zeigt die gefällige äußere Form, daß häusliche Gestaltung nicht mit Verschwendung zu verwechseln ist. Uebertragende Dachterrasse schaffen den Eindruck des Gebirgsnebens und hunte, aber geschmackvolle Garteneingänge arbeiten das Auge und wirt auf den grünen Hintergrund des Berges aufmunternd, gewissermaßen lebensbejahend. Auf zwei Stockwerke sind die nötigen Wohn- und Aufenthaltsräume verteilt, in denen 50 Kinder Platz haben. Im Erdgeschoss ist die Küche, ein Brausebad, mehrere Garderoben und kleinere Vorratsräume. Eine eigentliche Mittagsküche gibt es nicht, da das Essen für die Insassen des Heims aus der städtischen Küche herbeigebracht wird. Im Obergeschoss sind die Schlafräume, die Behandlungsräume für Höhenkur und Quarzlampe sowie der Raum für die Schwestern. Die Diegehallen hat Aussicht auf das frische Grün der Anlagen. Das Heim soll vor allen Dingen tuberkulose Kinder aufnehmen, um ihnen durch richtige Kost, durch Sonne und Licht die Gesundheit wiedergzugeben. So können die Kinder draußen zwei bis vier Monate lang leben, bei gutem, wenn auch verkürztem Schulunterricht. Das Heim ist von Part-

anlagen und großen Rasenflächen umgeben. Bei schönem Wetter werden dort unter fachkundiger Leitung Spiele und gymnastische Übungen sowie Atemübungen ausgeführt. Die ärztliche Leitung liegt in den Händen des Stadtarztes Dr. Lemenberg und seines Assistenzarztes Dr. Sawcke. In allernächster Nähe dieser äußerst begrüßenswerten Erholungsstätte befindet sich ein weiteres Erholungsheim, und zwar die Kurerholungsstätte am Fichteburg. Diese Einrichtung hat mehr den Charakter eines Tagesheims und nichtschulpflichtige Kinder können täglich vormittags vier Stunden und schulpflichtige während des ganzen Nachmittags ihre freie Zeit in der frischen Luft im Kreise gleichaltriger Kameraden verbringen. Während der Ferien ist das Heim für alle geöffnet. Da für das Personal und die vielen anderen Ausgaben immerhin nicht unerhebliche Kosten entstehen, zahlen die Eltern für Kinder bis zu 14 Jahren den äußerst minimalen Wochenbeitrag von 1,25 M. Hierfür erhalten die Pflegekinder Milch oder Kaffee, dazu weiße Schrippen und zweiweißen Kuchen. Eine Liegekur, regelmäßige Atem- und gymnastische Übungen werden gleichfalls durchgeführt, um den Körper zu stärken, um Krankheits Symptome schon im Keime zu ersticken. Für Regentage sind einige leitlich offene

Genossen und Genossinnen! Republikaner Berlins! Rüftet zur Entscheidung am Sonntag!

Laßt keinen Augenblick mehr ungenutzt, helft alle mit, den Sieg vorzubereiten. Der wachsenden Flut von Lügen und Verleumdungen, dem tieferhaltenden Eifer, der panischen Angst im Lager der Entthronten setzt entgegen den unerbittlichen eisernen Willen:

Gegen Fürstenthumbier und Reaktion.

Dem überwältigenden Aufmarsch der Hunderttausende am Montag im Lustgarten muß der Sieg am Sonntag folgen.

Berlin muß auch beim Volkentscheid an erster Stelle stehen.

Alle Parteimitglieder sind verpflichtet, sich am 20. Juni, früh 7 Uhr, in ihrer Abteilung zur Verfügung zu stellen. Wer für die Arbeit am Abstimmungstage noch nicht eingeteilt ist, meldet sich bei der Leitung des Kreises an folgenden Stellen:

- Mitte: Junke, Artilleriestr. 11. Norden 12 040.
- Tiergarten: Schmidt, Bielefeldstr. 17. Hansa 663.
- Wedding: Schade, Köpplinger Str. 9. Roabit 9781.
- Prenzlauer Berg: Klug, Danziger Str. 71. Humboldt 725.
- Friedrichshain: Vojak, Benneistr. 8. Alexander 2570.
- Kreuzberg: Krüger, Grimmstr. 1. Halensheide 7036.
- Charlottenburg: Schäfertheaterrestaurant, Bismarckstr. 110. Steinplatz 206.
- Spandau: Vereinshaus „Palme“, Bitterstr. 12. Spandau 1290.
- Wilmersdorf: Krauß, Holsteimische Str. 60. Falzburg 1103.
- Zehlendorf: Schnorre, Potsdamer Str. 3. Zehlendorf 1468.
- Schöneberg: Will, Rarzin-Luther-Str. 60. Stephan 4040.
- Steglitz: Bibb, Düppelstr. 7. Steglitz 6278.
- Tempelhof: Riendorf, Chausseestr. 19. Südring 1548.
- Neukölln: Ibeolassino, Weichselstr. 8. Neukölln 406.
- Treptow: Vogel, Adlershof, Bismarckstr. 74. Adlershof 291.
- Köpenick: Stadttheater, Köpenick 360.
- Lichtenberg: Seipke, Scharnweberstr. Ecke Kronprinzenstr. Königstadt 851.
- Pankow: Wilhelm Meyer, „Türkisches Zelt“, Breite Straße 14. Pankow 266.
- Weißensee: Gallas, Lehderstr. 122. Weißensee 877.
- Reinickendorf: Lehmann, Reinickendorf-Df, Hauptstr. 56. Reinickendorf 1220.

Die Zentralfstelle der Partei ist das Bezirkssekretariat, Lindenstraße 3. Telefon: Amt Dönhofs 5086, 5087, 5088. Wichtige Vorkommnisse, die allgemeines Interesse haben, sind dorthin zu melden.

Zur Unterstützung der alten und kranken Abstimmungsberechtigten hat der Arbeiterfamilienverein in allen Stadtteilen Büchsen eingerichtet, um die in der Bewegung behinderten Personen zum Abstimmungslokal zu transportieren. Der Transport geschieht von den hier angezeigten Stellen unentgeltlich:

- Zentrale: Schönhauser Allee 65. Humboldt 434.
- Mitte: Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, Moritzplatz 7608.
- Tiergarten: Lausch, Bredowstr. 35. Roabit 7567.
- Wedding: Bellin, Schußstr. 12. Roabit 165.
- Prenzlauer Berg: Zimmer, Schönhauser Allee 65. Humboldt 434.
- Friedrichshain: Barnisch, Friehestr. 88. Königstadt 2705.
- Kreuzberg: Schild, Solmsstraße, Halensheide 3972.
- Charlottenburg: Fischerhütte, Kaiser-Friedrich-Str. 84. Wilhelm 4210.
- Schöneberg: Rosenthal, Ebersstr. 66. Stephan 2932.
- Steglitz: Schulz, Birckbuschstr. 90. Steglitz 3018.
- Tempelhof: Luidisch, Mariendorfer, Südring 175.
- Neukölln: Bedmann, Reuterstr. 47. Neukölln 851.
- Treptow: Grätz, 49. Moritzplatz 8048.
- Lichtenberg: Raitorf, Rigaer Str. 95. Königstadt 854.
- Weißensee: Staerke, Tassowstr. 16. Weißensee 877.
- Pankow: Türkisches Zelt, Breite Straße, Pankow 266.

Das Wahlergebnis der einzelnen Stimmbezirke wird in jeder Abteilung zusammengestellt und dann auf dem schnellsten Wege dem Bezirkssekretariat übermittelt. Teilergebnisse und Resultate einzelner Abstimmungsbezirke sind wertlos. Nur das Gesamtergebnis der Abteilung kann bei der Veröffentlichung Verwendung finden. Gewissenhafte und schnelle Berichterstattung ist Pflicht jeder Abteilung.

Holzbaracken errichtet und auch diese sind in freundlichem Farbenton gehalten. Gerade an diesen Anlagen sieht man, wie mit geringen Mitteln, wenn sie sachgemäß verwendet werden, für die Befundung des Volkes Großes getan werden kann. Freilich bedarf es dazu der Initiative sozialdenkender Männer und Frauen. Hier sind nun 50 Kinder untergebracht, die herausgeholt aus den finsternen Höhlen der Mietskolonnen, sonnige Tage zu verleben berufen sind. Viel wird aber noch zu tun sein, um die großen Massen der kranken und erholungsbedürftigen Kinder in ähnlichen Instituten unterzubringen. Und so darf man annehmen, daß, wenn sich die Heilmethode bzw. Kurmethode dort behährt — und sie wird sich behähren — der Magistrat der Stadt Berlin weitere Heime für die tuberkulosegefährdete Großstadtkinder errichten wird.

Gegen die Verschönerung des Friedrich-Wilhelm-Platzes in Friedenau haben die Bürger des Friedenauer Ostteils des Bezirks XI eine Entschließung gefaßt und sie dem Bezirksamt Berlin-Schöneberg und dem Magistrat von Berlin übermittelt. Danach erhöht die Verlegung des Bürgersteigs und die Schaffung eines besonderen Bahnhofs für die Straßenbahn die bereits vorhandene Gefährdung des Publikums, namentlich der den Spielplatz benutzenden Kinder und der in den Anlagen Ruhe und Erholung suchenden älteren Einwohner beim Ueberfahren der Gleise und Straßendämme des Platzes. Das ziemlich dicht bebauten Friedenau hat zweifellos ein Anrecht darauf, daß ihm sein einziger größerer Platz so wie er jetzt erhalten bleibt.

Emil Ludwig, Wilhelm II. Von diesem wichtigen Buche ist soeben, um jedem die Anschaffung zu ermöglichen, eine ungefüllte Volksausgabe in Leinenband auf holzfreiem Papier mit sämtlichen Bildern zum Preise von 4,80 M. erschienen und jederzeit in der Parteibuchhandlung J. H. B. Diez, Abteilung Sortiment, Lindenstraße 2, erhältlich.

Der Bücherkreis. Das neue Bücherkreisbuch: Wolf, Kreatur, liegt vor und kann gegen Vorgebung der Mitgliedskarte möglichst zwischen 11 und 5 Uhr abgeholt werden. Auch die bisher vergriffene Februarnummer der Zeitschrift ist wieder lieferbar.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Die Genossinnen und Genossen sowie Jugendgenossen treffen sich zur Demonstration Freitag 6 1/2 Uhr im Reinen Tiergarten, Reinerdenbaum. Anschließend Krausentführung im Artushof. Referent: Genossin Wachsenstein.
 7. Kreis Charlottenburg. Heute, Freitag, Material abholen vom Jugendheim Rosenstr. 4.
 11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Heute, Freitag, nachmittags Material abholen Sportplatz Berliner Str. 27. Alle nicht anwesenden Kreistellen melden sich Sonntag früh 8 Uhr bei Will, Rarzin-Luther-Str. 60.
 26. Kreis Reinickendorf. Sämtliche Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute, Freitag, an der öffentlichen Versammlung in Hermannsdorf. Treffpunkt 7 Uhr am Bahnhof Hermannsdorf, Rathausweg.
- Heute, Freitag, 18. Juni:**
16. Wkt. Ein Kreisabende findet nicht statt. Die Genossen treffen sich nach der Versammlung im Gemeindefest-Saal, bei Köpplinger, Köpplinger Str. 9, zu einer kurzen Besprechung.
 17. Wkt. Mitglieder der Propagandabteilung 6 1/2 Uhr bei Goldbach, Bismarckstr. 7.
 18. Wkt. 8 Uhr Sitzung der Wahlleiter, Helfer und Funktionäre bei Köpplinger, Köpplinger Str. 9.
 21. Wkt. Die Funktionäre werden gebeten, wegen Quartalsablaufes alle Betriebsstellen, Komitees und Sammelstellen schriftlich abzurechnen.
 22. Wkt. 6 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus. Sonntagabend 19. Juni, treffen sich alle Genossen um 4 Uhr am Spielplatz am Bahnhof Köpenicker Allee zur Demonstration.
 23. Wkt. Flugblattverteilung. Alle Genossinnen und Genossen müssen sich daran beteiligen. Das Material holen die Gruppenleiter von Berlin, Köpplinger Str. 9, ab.
 27. Wkt. Charlottenburg. 5 Uhr treffen sich die Genossen zur Flugblattverteilung bei Bode, Reichen-Ruhstraße 33. Alle müssen erscheinen.
 28. Wkt. Köpenick. 3 1/2 Uhr Treffpunkt zum Plakatumsatz in der „Hunde“, Weichselstr. Ecke Friedrich-Wilhelm-Str.
 106. Wkt. Adlershof. 8 Uhr Kreisabendeversammlung bei Vogel, Bismarckstr. 74. Erhalten ist unbedingt erforderlich.
 106. Wkt. Johannisthal. 6 1/2 Uhr Flugblattausgabe bei Sobin, Roabitstr. 2. Sämtliche Genossen beteiligen sich daran.
 118. Wkt. Lichtenberg. 10 1/2 Uhr bei Herr, Neue Bahnhofstr. 28, Flugblattverteilung. Alle Genossen müssen sich beteiligen. Sonntagabend 19. Juni, 6 Uhr, Treffpunkt bei Herr, Neue Bahnhofstr. 28, zum Demonstrationsumsatz. Reiner darf fehlen.
 131. Wkt. Niederschönhausen. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 6 1/2 Uhr zum Umsatz durch den Ort auf dem Bismarckplatz.

Morgen, Sonnabend, 19. Juni:

3. Wkt. Sämtliche Kreisabende beteiligen sich am Demonstrationsumsatz. Treffpunkt: 10 1/2 Uhr bei Köpplinger, Köpplinger Str. 9.
17. Wkt. 7 Uhr kurze Besprechung mit den Funktionären. Reiner darf fehlen.
21. Wkt. 6 1/2 Uhr Treffpunkt zum Propagandaausatz bei Köpplinger, Köpplinger Str. 9. 8 1/2 Uhr Bezirksführerbesprechung ebenfalls.
22. Wkt. 8 Uhr bei Gold, Köpenicker Allee, lassen sich alle Genossen eintragen zur Bahnarbeit. Wer zu Hause bleibt, schickt sich und die Partei.
23. Wkt. Die Genossen sammeln sich 4 1/2 Uhr zum gemeinsamen Umarmen mit dem Reichsbanner nach dem Reizfahnenplatz für die Demonstration auf dem Rudiplatz. Reiz fahnen sind mitzubringen.
34. Wkt. Treffpunkt 5 Uhr auf dem Reizfahnenplatz zur Demonstration.
36. Wkt. Diejenigen Mitglieder, welche im Norden wohnen, werden ersucht, am Sonntag und Sonntagabend, fünfzehntägigen Kreisabenden können nach Bedarf der am Sonntag fünfzehntägigen Kreisabenden an Mittwochsabenden teilnehmen. Sonntag, 20. Juni, früh 8 Uhr, im Reizfahnenplatz von Rudi, Köpplinger Str. 9. Telefon: Amt Köpenicker Allee 110. Eintragung zu den Beurlaubten. Selbstliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
27. Wkt. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration 4 1/2 Uhr bei Gerold, Ebersstr. 66. Adressiert 4 1/2 Uhr. Türkisches Erscheinen unbedingt erforderlich.
28. Wkt. Die Funktionäre treffen sich 7 Uhr bei Schwann, Bollenhofstr. 14. Besprechung, Abschluß der Sammelstellen und Komitees. Aus Beobachtet am Sonntag Treffpunkt morgens 7 Uhr bei Lehmann.
44. Wkt. 6 Uhr bei Herr, Köpenicker Allee, Funktionäre. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.
45. Wkt. Die Genossen beteiligen sich selbst an der Kation am Gürtelbahnhof. Treffpunkt: 4 Uhr bei Wachsenstein, Reichenberger Str. 104. Reiz Kationmaterial darf liegenbleiben.
- Charlottenburg. 13. Wkt. Ab 5 Uhr und Sonntag ab 8 Uhr früh treffen sich alle Genossinnen und Genossen in den Reizfahnenlokalen Zug, Hauptstr. 36, und Schwelmer, Ebersstr. 2. Wahlleiter aus republikanischen Kreisen willkommen. — 57. Wkt. 1. und 2. Gruppe: Alle Genossen beteiligen sich an den Demonstrationen. Treffpunkt: 4 Uhr bei Thunau, Bismarckstr. 4.

FRITZI MASSARY

jetzt auch
ohne Mundstück!



URTEILEN SIE SELBST!

Worte, aber keine Taten.

Verlegenheiten der amtlichen Wirtschaftspolitik.

Der Handelsdienst des Wolff-Bureaus verbreitet unter der Ueberschrift „Wirtschaftsprobleme“ folgende offiziöse Betrachtung:

„Die Erscheinung, daß die Flüssigkeit auf dem Geld- und Kapitalmarkt hauptsächlich aus schlechter Beschäftigungsmöglichkeit in der Wirtschaft stammt, und daß sie aufhört, sobald diese sich verbessert, ist bereits aus der Vorkriegszeit bekannt. Es scheint jedoch, als ob die jetzt rasch wechselnden Phasen des Konjunkturverlaufs in Deutschland nicht zum wenigsten durch die unzureichende Bildung von Eigenkapital und dem Mangel an Personalkredit verursacht würden.

Von industriellen Auslandskrediten hört man im allgemeinen nur bei industriellen Großbetrieben, dagegen fehlen der mittleren und kleinen Industrie im allgemeinen noch immer nicht nur der erforderliche Umfang der Betriebsmittel an sich, sondern insbesondere auch die für Umstellung und Rationalisierung erforderlichen langfristigen Kapitalien. Dingliche Sicherheiten hierfür stehen diesen Kreisen meist nicht in ausreichendem Umfange zur Verfügung, und bevor der Personalkredit für diese Wirtschaftsklassen seinen Vorkriegsstand wieder erreicht haben wird, dürften wohl noch einige Jahre vergehen. Vorläufig erscheint den Banken die Wirtschaftslage zu undurchsichtig. Weist sind die Antragsteller auch nicht in der Lage, einen ausreichenden Auftragsbestand zur Begründung ihres Antrages nachzuweisen. Die Kaufverpflichtung infolge der großen Arbeitslosigkeit untergräbt die Existenzgrundlage immer weiterer Betriebe, wodurch auch diese wieder sich zu Entlassungen gezwungen sehen, die die allgemeine Arbeitslosigkeit vermehren.

Diese deutsche Arbeitslosigkeit ist nicht nur durch die Herabsetzung der Heeresstärke so groß geworden, sondern auch durch den ständigen Ausfall an Aufträgen für ein Heer in Vorkriegsstärke. Dagegen kann man nicht auf das Beispiel der amerikanischen Wirtschaftsbüte verweisen, denn Amerika hat am Weltkrieg verdient, während Deutschland durch Krieg und Nachkriegszeit neben anderem auch seine Reserven nahezu ganz verloren hat. Trotzdem wird man in Deutschland darüber nicht hinwegkommen können, daß Rationalisierungsanstrengungen mehr oder weniger unrentabel bleiben, solange die Aufnahmefähigkeit des deutschen Innenmarktes nicht durch Kaufkraftsteigerung der breiten Massen gehoben ist.

Dies aber ist eine Seite des Arbeitslosenproblems als Ausdruck von Deutschlands Ueberbevölkerung inmitten eines überbevölkerten Europa. So wenig neu diese Feststellung ist, so wenig hört man in der allgemeinen Wirtschaftsdiskussion davon, daß diesen immer drängender werdenden Problemen der Zusammenhänge zwischen Ueberbevölkerung, Beschäftigungslage, Kaufkraftschwäche einerseits und Produktionskapazität, Exportausfälle andererseits mit entscheidenden Taten nähergetreten wird, obwohl der Sozialetat die vierte Milliarde bereits überschritten hat.

Die Probleme der deutschen Wirtschaft sind in diesen Ausführungen lunterbunt durcheinander gewürfelt. Man muß darin einen Ausdruck des allgemeinen Unbehagens der amtlichen Wirtschaftspolitik gegenüber der stagnierenden Krise sehen. Das Unbehagen ist gepaart mit übergroßer Bescheidenheit: die entscheidenden Taten werden der Wirtschaftsdiskussion überlassen. Uns scheint, entscheidende Taten seien eine Angelegenheit der Wirtschaftspolitik. Das Wirtschaftsministerium jedoch begnügt sich damit, zu beklagen, daß das Wirtschaftsministerium nicht entscheidenden Taten nähertritt.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 16. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 9. Juni um 0,4 Prozent auf 124,2 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 0,7 Proz. auf 124,5 angezogen, während die Industriefaktoren um 0,2 Proz. auf 123,6 nachgegeben haben.

Die Börse.

Nach der Festigkeit der letzten Tage ist die Börse jetzt wieder unsicher und nervös geworden. Der heutige Wochenbericht der Deutschen Bank, der auf den spekulativen Einschlag der Kursbewegungen verweist, wurde allgemein als Warnungssignal angesehen. Dazu kommt, daß die Stabilisierungsaussichten des Frankens ernster angesehen werden. Allgemein treten Kursrückgänge bei den Spezialitäten von 4 bis 6 Prozent ein. Relativ gehalten waren Auto- und Motorenwerte, kerner Schiffahrtaktien und die Papiere des Schultheiß-Konzerns. Am Rentenmarkt ist die Lage wenig verändert. Interesse erhält sich für Bogdab-Anleihen. Der Geldmarkt bleibt unverändert leicht.

Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

In Kottbus tagte der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, in dem von den rund 40 000 landwirtschaftlichen Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften über 26 000 zusammengefaßt sind. Der Umsatz der Zentralkasse ist von 1924 auf 1925 bemerkenswert gestiegen (von 17,2 auf 27,8 Milliarden). Dasselbe gilt für die Umsatzen der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften (von 91 auf 111 Millionen Zentner). Erfreulich an dem Gesamteindruck der Tagung war die Lebendigkeit, mit dem sowohl die genossenschaftlichen Organisations- als auch die landwirtschaftlichen Produktions- und Kreditfragen behandelt wurden.

Im übrigen ist die Ideenausbeute der Tagung zur Lösung der landwirtschaftlichen Produktions-, Rentabilitäts- und Kredit-

probleme nicht eben reichlich. Das ist nicht verwunderlich, da das Augenmerkinteresse an hohen Preisen, wie es eigentlich die Großagrarien auszeichnet, auch in Genossenschaftskreisen leider noch stark im Vordergrund steht. Die im Anschluß an das Referat des Reichsverbandes, Regierungsrat Gennes, gefasste Resolution enttäuscht deshalb etwas, weil sie wie der Deutsche Landwirtschaftsrat in Darmstadt in erster Linie von Reich und Staat Maßnahmen zur Sicherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft verlangt. Das sollten gerade Genossenschaften nicht tun, die das Prinzip der Selbsthilfe vertreten, besonders wenn sie gleichzeitig grundsätzliche Anhänger der freien Wirtschaft sind. Die Bemerkung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft, daß bei der Wiederkehr eines Preisdrucks wie im Vorjahr vielleicht ein „Bernkastel“ im ganzen Reich entstehe, war deshalb absolut fehl am Platz und der Stellung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften unwürdig.

Darüber hinaus fand aber doch der Gedanke der Selbsthilfe und der Selbstverantwortung vielfach deutlichen Ausdruck. Die Notwendigkeit zur Tilgung der kurzfristigen Schulden wurde betont und die Notwendigkeit ihrer Umwandlung in langfristige Hypothekenschulden unterstrichen, soweit der Ernteertrag ihre Abdeckung nicht ermöglicht. Die Rentenbankkreditanstalt und die Aktion der Golddiskontbank erliefen dabei ebenso nachdrücklich mahnende Kritik, wie Leistungen der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse allseitiges Lob. Beachtenswert dabei ist, daß die Reichsmündelsicherheit, die die Rentenbankkreditanstalt für ihre langfristigen Kredite anstrebt, zugunsten der stärkeren Heranziehung von Sparfahrsparnissen und Pfandbriefkrediten abgelehnt wurde. Auch der Wunsch kam zum Ausdruck, daß der Wechsel so rasch als möglich aus dem Geldverkehr wieder verschwinde. Die Absichten der Getreidehandelsgesellschaft erliefen eine bemerkenswerte Klärung. Schurig führte darüber aus, daß ein Roggenpreis erzielt werden soll, der in Relation zum Friedenspreis gleichmäßig etwa 20 Proz. unter dem Weizenpreis stehen soll. Die Genossenschaften sollen ihre Lagerhäuser zur Verfügung stellen, um bei der Lombardierung der Ernte erfolgreich mitzuarbeiten. Durch Zusammenfassung sämtlicher, auch der kleineren Angebote, möglichst an einer Stelle, durch Vereinheitlichung der Sorten und scharfe Abnahmekontrolle soll die Wirksamkeit der Preisregulierung erhöht werden. Die Absicht, die Schurig damit verfolgt, kommt in der Mahnung an die Großgrundbesitzer zum Ausdruck, sich mehr in genossenschaftlichem Sinne zu betätigen. Der Sinn dieser Mahnung ist deutlich; hoffentlich wird er auch in Genossenschaftskreisen verstanden.

Mit dem aufgefälligen Ostelbierium des Herrn Schurig kontrahierte in erfreulicher Weise das Referat des Verbandesekretärs Thoma aus Köln. Hier gab es klare Worte und deutliche Begriffe für eine Politik, wie sie landwirtschaftlicher Genossenschaften von Klein- und Mittelbauern heute angemessen ist: Umstellung unter den Gesichtspunkten kaufmännischer Verantwortung und der Rentabilität, Intensivierung und Rationalisierung in Acker und Stall, nicht nur Produzent, sondern auch Kaufmann sein, Pflege der Qualitäts- und Spezialitätenproduktion, Küftung auf die Wünsche der Verbraucher. Die freihändlerische Wirtschaftspolitik in Dänemark, Holland und Belgien, der Schweiz habe zwar die Umstellung der Produktion erzwungen, aber auch in außerordentlich wirkungsvoller

Ich kaufe bei

P. Leiser

weil Leiser die grösste Auswahl bietet.



Weiss Leinen - Spangenschuhe mit Komteess-Absatz 3,90, beige 4,90

Du kaufst bei

P. Leiser

auch Sport- und Reiseschuhe, Strümpfe und Stutzen am billigsten.



Weisse Leinen-Tennisschuhe (Schuhmacher), randgen. dopp. Chromled.-Lautsohl., La Fabrik., rund od. spitz, Herren 4,90

Er kauft bei

P. Leiser

schon jahrelang und ist immer höchst beglückt.



Braun Herren-Schnürhalbschuhe neueste Form und Farbe, Orig.-Good, Welt

Sie kauft bei

P. Leiser

weil Leiser-Schuhe an Eleganz und Preiswürdigkeit nicht zu übertreffen sind.



Grau u. blond Stegspangenschuhe Chocreau, sehr schönes Modell

Es kauft bei

P. Leiser

jeder, der Qualitätsware zu billigen Preisen sucht.



Beige und blond, ech. Chocreau moderne Form, Louis XV., Absatz

Weise den Absatz der Erzeugnisse organisiert. Einheitsliches Angebot auf dem Markt, die damit verbundene Preisbeeinflussung seien ein mächtiger Schutzwall, sicherer auch als der heutige Schutzwall, dessen Dauer ungewiss ist. Das Schwerkraft der genossenschaftlichen Arbeit werde in Zukunft auf der Regelung der gemeinschaftlichen Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion liegen.

Die Reichsbahnwechsel im Reichsbankausweis. Nach dem Inkrafttreten der geplanten Änderungen des Bankgesetzes werden laut „Konjunktur-Korrespondenz“ die jeweiligen Bestände der Reichsbank an Reichsbahnwechseln in einer besonderen Rubrik der Wochenausweise der Reichsbank aufgeführt werden, damit die Höhe der Inanspruchnahme des Redistons der Reichsbank der Reichsbahnwechsel fortlaufend ersichtlich wird.

Nur so weiter. Nach einer Essener Meldung hat das Direktorium der Krupp A.-G. den weiteren Abbau von 1000 Angestellten bis zum 1. Oktober beschlossen.

Das deutsche Eigentum in Amerika. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses Green hat in einem ausführlichen Bericht die Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums dargelegt. In dem Bericht wird mitgeteilt, daß der Haushaltsausschuß etwa am 15. November zusammenzutreten werde, um einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der die

gesamte Frage regeln soll. Dieser Gesetzentwurf soll dem Kongreß an dem ersten Sitzungstage vorgelegt werden. Man beabsichtigt, den Gesetzentwurf noch vor Weihnachten im Repräsentantenhaus zu erledigen.

Konzentration im Luftverkehr. Nachdem Ende vergangenen Jahres die beiden Konzerne der Luftschiffahrt Deutsche Aero-Flug-V.-G. und Junkers-Luftverkehrs-A.-G. ihrem Zusammenarbeiten durch gemeinsame Gründung der Deutschen Luft-Hansa Ausdruck gegeben hatten, erfolgte in der kürzlich stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Luft-Hansa die endgültige Konstituierung. Zusammengeschlossen sind in der Neugründung einmal die Interessen der an der Stammgesellschaft beteiligten Aktionäre, ferner die Interessen des Reiches, der Länder und sämtlicher deutschen regionalen Luftverkehrsgesellschaften. Das Kapital, das ursprünglich auf 50.000 Reichsmark festgesetzt war, ist auf 25 Millionen Reichsmark erhöht, und zwar dient es der Uebernahme vorhandener flugtechnischer Einrichtungen und Anlagen der beiden beteiligten Luftverkehrsgesellschaften und der verschiedenen regionalen Luftverkehrsgesellschaften. Die Flugplätze bleiben dabei außer Anschlag. Uebernommen werden Flugzeuge, Motoren, Werkstoffe usw., sowie Beteiligungen im Gesamtwert von 8,85 Millionen Mark von der Aero-Flug-V., von Junkers 6,05 Millionen, von den regionalen Gesellschaften rund 6 Millionen. Die neue Gesellschaft bekommt die Hälfte des Kapitals der deutsch-russischen Luftverkehrs-A.-G., deren andere

hälfte sich in den Händen des russischen Staates befindet, und verschiedene andere kleinere Beteiligungen. Das Kapital wird entsprechend den eingebrachten Beteiligungen auf Privatindustrie, Reich und regionale Luftverkehrsgesellschaften verteilt. Dem 64köpfigen Aufsichtsrat gehören neben Mitgliedern aus Handel, Industrie und den beteiligten Ministerien Theoretiker und Praktiker der interessierten Gewerbe an. An der Spitze des Aufsichtsrats steht ein neunköpfiges Präsidium, geleitet vom Direktor der Deutschen Bank, Dr. v. Stauff, dem bisherigen Vorsitzenden der Aero-Flug-V.-G. und dem Generaldirektor der Dessauer Gas- und Wasserwerk-A.-G. Hed, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Junkers-Luftverkehrs-A.-G.

Staatsubvention der italienischen Eisenindustrie. Die Krisenercheinungen, welche anlässlich der Stabilisierungsversuche des Lires in der italienischen Wirtschaft zu verzeichnen waren, haben sich auch auf die italienische Eisenindustrie ausgebreitet. Der Aufschwung der italienischen Eisenindustrie war wesentlich auf die Entwertung der italienischen Devisen zurückzuführen. Mit dem Eintreten stabiler Verhältnisse mußte folgerichtig der Rückschlag eintreten. Der italienische Finanzminister hat nun ein Dekret veröffentlicht, wonach den Eisenwerken Kredit zu einem Zinssatz von 5 1/2 Proz. eingeräumt werden sollen. 55 Millionen Lire erhält allein die „Societa Saldoconge“, 35 Millionen Lire die „Societa alti horno della Venezia Juliana“. Der Kredit läuft im ersten Falle 15, im zweiten 25 Jahre.

Eine neue Sensation!

Regen- u. Reise-Mäntel 19⁷⁵
reine Wolle, burborryartig

Lederol-Mäntel 16⁷⁵
einfarbig oder kariert

Waschsd. Kleider 3⁹⁵
(Kunsts.), mod. Jumperf., 4.95

Vollvoile-Kleider 7⁵⁰
in den mod. großen Mustern

Reinsd. Kleider 16⁷⁵
in den mod. Piccolomustern

Regenschirme für 2⁹⁵
Dam. u. Herr., mod. Form., 3.95

Wollwaren-Angebote ohnegleichen!

Auf Extralischen zum Selbstausuchen.

Sportjacken reine Wolle, teils mit imitativen Felsbesatz 3 ⁹⁵	Sportwesten für Mädchen und Knaben alle Größen 1 ⁹⁵	Strick-Kleider 95 Pf. für Kinder, viele Farben
Sportwesten reine Wolle, für Damen und Herren 3 ⁹⁵	Strand-Westen reine Wolle, weiß und Pastell- farben 2 ⁷⁵	Pullover 2 ⁹⁵ reine Wolle, handgehäkelt
Kinder-Mäntel mit Mütze, reine Wolle 3 ⁷⁵	Kinder-Jäckchen 95 Pf. weiß u. farbig Wellies 1.45	Sportwesten 2 ⁹⁵ reine Wolle, für Jünglinge und Backfische 2.45

Waschseide 95 Pf.
(Kunstseide) hübsche Karos und
Streifen Mtr. 1.05 1.20

Bastseide naturfarbig 1⁹⁵
(Kunstseide) Mtr.

Crêpe Georgette 6⁹⁰
reine Seide, ca. 100 cm breit, viele
Modelfarben Mtr.

Bade-Kappen 25 Pf.
aus gutem Gummi

Bade-Anzüge 95 Pf.
für Damen u. Herren

Bade-Mäntel 11⁷⁵
aus gut. Kräuselstoff 16.75

Schlüpfer 1⁴⁵ **Prinzeß-Röcke** 1⁹⁵ **Florstrümpfe** 95 Pf. **Unterzieh-Hemich.** 50 Pf. **Hemden** 65 Pf. **Hemden** 85 Pf. **Gartendecken** 1⁴⁵

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin-Schöneberg **Hauptstr. 149** Nord-Osten **Landsberger Allee 29** Moabit **Turmstr. 73** Potsdam **Spandau**

Unter lieber und unbekannter Genosse, der Schuhmachermeister **Gustav Drabsch** Passauer Straße 27 ist am Dienstag, den 18. Juni, nach langer schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren verstorben. Die Partei verliert in ihm eines ihrer ältesten Mitglieder. Ein aufrichtiger und stets lebenswürdiger Mensch, war er uns allen ein hochgeschätzter Freund und guter Kamerad. Ehre seinem Andenken! Die 28. Abteilung. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 19. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Ortskrankenkasse für d. Maurergewerbe zu Berlin.

Wichtig! Wichtige! Defaunmachung. Wegen Erweiterung der Kassenzahl sind diese in der Zeit vom 22. 6. bis einschließlich 4. 7. 1926 geschlossen. Die Mitglieder und deren Angehörige können sich in dringenden Fällen während dieser Zeit in den Hauptämtern der anderen Ortskrankenkassen behandeln lassen. Entsprechende Ueberweisungsscheine können aus Schalter 8 und 11 bei der Ruhe von 9-1 Uhr in Empfang genommen werden. Berlin, den 17. Juni 1926.

Der Vorstand: H. Krüger, Vorsitzend. K. Freund, Schriftf. **Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wedensee**

Am Montag, den 28. Juni 1926, abends 6 1/2 Uhr findet im Restaurant „Berliner Hof“, Berlin-Wedensee, Langhansstr. 1, eine **Ordentliche Ausschüttung** statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht der Jahresrechnungsprüfer.
 2. Entlastung des Vorstandes und des Mandatanten.
 3. Bericht des Vorstandes.
 4. Bericht-Abteilung über den 6. Nachtrag zur Dienstordnung.
 5. Kassenzustand.
- Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit einer Legitimation versehenen Ausschüttungsmittglieder.

Der Vorstand: Brühlmüller, Vorsitzender. **L. JUERGENS ALEXANDER PLATZ**



Sichere Existenz durch Anschaffung einer Motorhacksäge z. Brennholzscheiden. Eine derartige Maschine ist günstig ab Schloss & Rossmann, Cassel 4.



Seidenweiches lockeres Haar durch **„Schaumpon“** mit dem schwarzen Kopf DAS ALTBEWAHRTE KOPEWASCHPULVER

Mieten Sie von uns



Fertig am Lager

Für Reise, Sport und Kuraufenthalt

Sakkoanzüge
Sportanzüge
Leichte Anzüge
Reisemäntel
Gummimäntel
Lodenmäntel
Beinkleider
Herrenwäsche
Herrenhüte

Damenkostüme
Damen-Reisemäntel
Damenlodenmäntel
Damenröcke, Breeches
Lederkleidung
für Damen und Herren
Sporthüte, Strickjacken

und Mützen

Aufbewahrung von Winterkleidung u. Pelzen in eigenen Kühlräumen. Mäßige Gebühren Abholung auf Anruf Merkur 3340

Kleidung für Knaben und Mädchen
Gebirgstiefel / Sportschuhwaren / Strandschuhe

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C 19 • GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STRASSE 1-4

Wenn die Reaktion siegt.

Von Dr. Grafhoff.

Beim bevorstehenden Volksentscheid handelt es sich um mehr als die unerschämten Geldforderungen nimmerlatter Fürsten, hier wie bei allen politischen Kämpfen der jüngsten Zeit geht es um die Frage, Republik oder Monarchie! Daß die Reaktion mit allen ihr zur Verfügung stehenden, legalen und auch illegalen Mitteln wieder ans Ruder zu kommen versucht, zeigen die Vorstöße und aufgedeckten Pläne zur Evidenz. Siegt aber der Monarchismus, so wird er reinen Tisch mit seinen republikanischen Feinden machen: sich darüber Illusionen hinzugeben, hieße eine Vogel-Strauß-Politik treiben. Die unglücklich verlaufenen Kämpfe des Volkes gegen die Fürsten im vorigen Jahrhundert beweisen, daß den siegreichen Dynastien alle Mittel recht waren, ihre Gegner unschädlich zu machen, drum muß heute die junge Republik die Konsequenzen ziehen aus den Lehren der Geschichte.

Aus den „sogenannten“ Befreiungskriegen, wie sie der Graf Platen-Hallermünde einst genannt, waren nicht Freiheitskriege geworden. Den großen Tyrannen waren die Deutschen los geworden, dafür hatten sie nun all ihre Kleinen wieder.

Der Deutsche Bund war das bequeme Asyl der alten und neuen Souveränitäten, er wurde das willige Vollzeigorgan, um „Ruhe und Sicherheit“ in deutschen Landen auf ewig zu „stabilisieren“.

In den akademischen Kreisen, in denen — die Zeiten haben sich gründlich geändert — am leidenschaftlichsten das Feuer der Freiheit brannte, suchten nicht ohne guten Grund die Fürsten die unruhigen Geister.

Die Wartburgdemonstration des 18. Oktober 1817 und die blutige Tat des Studenten Sand an dem russischen Staatsrat v. Kockebue lieferten ihnen willkommenen Vorwand, mit erbarmungsloser Härte einzugreifen. Sand wurde am 20. Mai 1820 enthauptet. Die von den Fürsten eingesetzte Zentraluntersuchungskommission zur Feststellung der gegen die bestehende Verfassung gerichteten revolutionären Umtriebe begann ihre Tätigkeit.

Im Mai 1825 wurden 42 bayerische Untertanen, Professoren, Studenten, Pfarrer, Ärzte, zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, darunter der bekannte praktische Arzt Dr. Eisenmann aus Würzburg zu 15 Jahren. In Würzburg erhielten 22 junge Studierende 14 Tage bis 4 Jahre Festung. Der Dichter Wilhelm Hauff, damals Student der Medizin, bekam 2½ Jahre, er wurde im Februar 1825 totkrank seiner Familie zurückgegeben. Der spätere Kirchenhistoriker R. A. Hase, damals Privatdozent der Theologie, erhielt 2 Jahre, in Wiesbaden der Lehrer Hilbrandt 19 Jahre Festung. Am barbarischsten waren die Strafen in Preußen. Dort wurde über 17 junge Männer, die der Teilnahme an verbottenen freiwilligen Verbindungen beschuldigt waren, kein Urteil unter 12 Jahren Festung ausgesprochen. Sie erhielten zusammen 241 Jahre Festungshaft. Unter den Verurteilten waren Arnold Ruge und der Theologe Wislicenus mit je 15 Jahren.

Der „absolute Polizeistaat“ war etabliert. Diese dicke, dumpfe Atmosphäre Deutschlands zerritt die französische Julirevolution des Jahres 1830. Die Stürme in Belgien, in der Schweiz, der mächtige Aufstand der Polen von 1831 rüttelten die deutschen Geister wach, so manche deutschen Throne und Thronchen gerieten ins Wanken.

Die Braunschweiger warfen ihren verrückten Fürsten, den „Diamantenerzog“, zum Lande hinaus. In Sachsen mußte König Anton seinen Neffen zum Mitregenten ernennen, um nicht hinausgesetzt zu werden, in Hessen der prunktuchtige Wilhelm II. abdankte.

Über mit brutaler Gewalt schlugen die Fürsten jede Freiheitsregung nieder. Ein fürchtbares Strafgericht brach über die „Ausführer“ herein: die Geschichte dieses Jahrzehntes ist mit Blut geschrieben.

In Rheinbayern warf der berüchtigte Fürst Brede den „Hambacher Aufstand“ von 1832 unter blutigen Ausschreitungen der entfesselten Soldateska nieder, die Führer, unter ihnen Siebenpfeiffer und Wirth, wurden zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt.

Ein Jahr später mißglückte der sogenannte „Frankfurter Wachensturm“ der revolutionären Studenten, nachdem diese bereits unter dem Losungsrufe „Fürsten zum Lande hinaus!“ die Soldaten der Hauptwache entwaffnet hatten, an der Unzulänglichkeit der Mittel.

Der mißlungene Vintspuisch lieferte den Fürsten neuen Vorwand zu brutalem Einschreiten gegen die „Königsmörder“. Vereine und Volksversammlungen wurden unterdrückt, die Pressefreiheit abgeschafft, die schwarzrotgoldenen Farben verboten, gegen die „Verschwörer“ mit größter Willkür eingeschritten. Hunderte von Studenten und jungen Leuten, auch Familienväter, wurden wegen versuchten Hochverrats festgenommen und vor die Schwurgerichte geschleppt. Es waren meistens Studenten und „alte Häuser“, die wegen der Teilnahme an der Burschenschaft, wegen des Göttinger Studentenaufstandes 1831, wegen des Versuches, den „Korrekionssträfling Dr. Wirth“ (vom Hambacher Fest) zu befreien, und wegen Teilnahme am Frankfurter Putsch vom 3. April 1833 verurteilt oder in Untersuchung waren.

In Preußen wurde der Dichter Friedrich Reuter, damals 23 Jahre alt, wegen „demagogischer Umtriebe“ in Berlin verhaftet, 3 Jahre in Untersuchungshaft gehalten und am 4. August 1836 zum Tode verurteilt, allerdings dann doch zu dreißigjähriger Festungshaft „begnadigt“. Laube und Professor Sploster Jordan neben unzähligen anderen wurden verhaftet, Jordan 5 Jahre in den Kerker geworfen. Die preussischen Festungen reichten kaum aus für die Verurteilten. Klein 190 Verurteilte verzeichneten die Tabellen der Untersuchungskommissionen, denen es gelang, aus den Festungen, Zuchthäusern und Gefängnissen zu entfliehen.

Am brutalsten betrieb man die Verfolgungen in Bayern, wo man die „Republikaner“ nicht bloß in die Fronten warf, sondern sie gar zwang, kniefällig vor dem Bilde des Königs Ludwig Abbitte zu leisten. So zwang man hierzu zwei Führer, den Bürgermeister Behr in Würzburg und den Dr. Eisenmann, beide schmachteten, ungeschuldig, 15 Jahre lang im Kerker.

Bis zum Jahre 1840 waren 182 000 Deutsche nach Amerika ausgewandert. Kirchhofsruhe herrschte in Deutschland. Wo Widerstand aufflachte, wurde er von den triumphierenden Fürsten im Keime erstickt.

Im Jahre 1837 jagte der hannoversche König sieben

Loyalität.



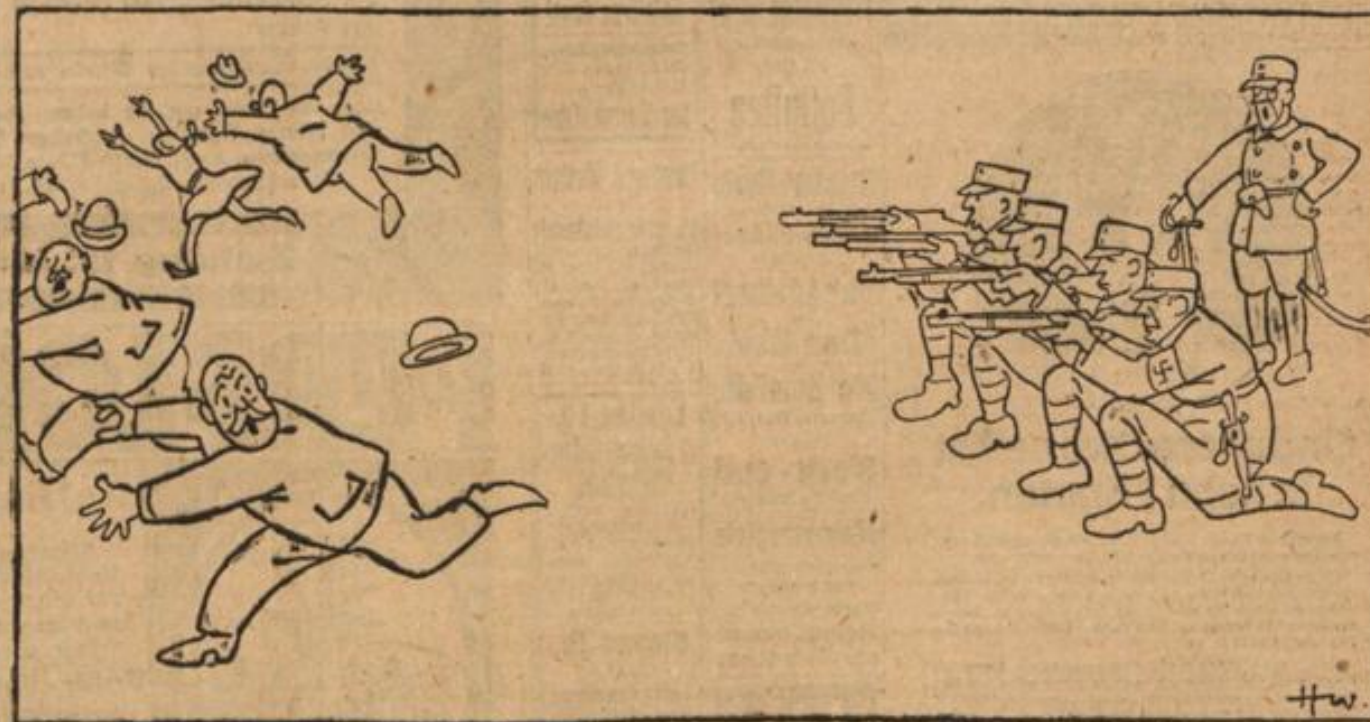
Der loyale kleine Mann und Christ
Gibt hier dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Doch der gefüllte Hohenzollernschlund
Gibt's wieder von sich nach dem Hintergrund.



Das wird der Wehretat der Reaktion.
Auch die Faschisten tun nichts ohne Lohn.

So nähert sich diese Brut im Siegerkranz
Dem Gelde des loyalen kleinen Manns.



Doch wenn die Reaktion aufs Ganze geht,
Meint ihr, die fragt nach Loyalität!

Und wenn sie euch eins auf den Buckel knallt:
Wer gab das Geld für ihren Unterhalt!

Universitätsprofessoren fort, die gegen den schändlichen Bruch der Verfassung protestiert hatten: binnen dreier Tage mußten die mannhaften „Göttinger Sieben“ das Land verlassen.

Keinlich erging es anderen Gelehrten und Dichtern, so Hoffmann v. Fallersleben und Herwegh, dem Sänger der Freiheit. So kam das Jahr 1848 der ersten deutschen Revolution heran. Ihr trauriges Ende ist bekannt.

Die süddeutschen Aufstände wurden durch die Bajonette der Hohenzollern blutig niedergeworfen, rastlos arbeitete in Baden das Blutgericht. Wilhelm, der „Kartätschenprinz“, war es, der in eigener Person den Spruch des von ihm selbst eingeschickten Kriegsgerichts umwarf, das die Gefangenen zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt hatte. Von dem neuen Kriegsgericht, das er be-

stellte, wurden 28 Revolutionäre zum Tode verurteilt und ohne Gnade erschossen; 68 mußten auf Jahre ins Zuchthaus wandern, unzählige verfannten in endloser Gefängnishaft.

Der alte Bundestag, wieder das Zentralorgan der Reaktion, übte ausgiebige Vergeltung, ja Rache!

Im Jahre 1854 erschien zu Dresden der „Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands, ein Handbuch für jeden deutschen Polizeibeamten“. Dies „schwarze Buch der Reaktion“, bekannt und berüchtigt in ganz Deutschland, enthält die Namen aller „Anstößigen, welche auf irgendeine Weise als Feinde der Regierung wie als Träger der Ideen der Revolution sich auszeichnen“. Es enthält rund — 6300 Namen aus allen Ständen und Berufen, darunter die besten Deutschlands!

